

**Entwicklung und Verteilung der
Einkommen in Österreich**

**WIFO-Beitrag zum
Sozialbericht 2014-2015**

**Christine Mayrhuber, Christian Glocker,
Thomas Horvath, Silvia Rocha-Akis**

Wissenschaftliche Assistenz: Martina Einsiedl, Silvia Haas,
Martin Keppelmüller, Martha Steiner

Entwicklung und Verteilung der Einkommen in Österreich

WIFO-Beitrag zum Sozialbericht 2014-2015

Christine Mayrhuber, Christian Glocker, Thomas Horvath, Silvia Rocha-Akis

Jänner 2015

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Begutachtung: Thomas Leoni • Wissenschaftliche Assistenz: Martina Einsiedl, Silvia Haas, Martin Keppelmüller, Martha Steiner

Inhalt

Die Arbeitnehmerentgelte stiegen in den Jahren 2012 und 2013 etwas stärker als die Unternehmens- und Vermögenserträge. Der seit einigen Jahren beobachtete leichte Anstieg der Lohnquote hielt damit an. Die personelle Einkommensverteilung der unselbständig Beschäftigten wird weiterhin durch die Heterogenisierung der Beschäftigungsverhältnisse bestimmt. Die Einkommensungleichheit aller Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen erhöhte sich zwischen 2000 und 2013 um 5,3%, jene der ausschließlich Vollzeitbeschäftigten um 4,1%. Auf der Haushaltsebene nahmen die niedrigeren äquivalisierten Haushaltseinkommen deutlich schwächer zu als die höheren. Insgesamt stiegen 2011 die verfügbaren Pro-Kopf-Haushaltseinkommen im Gleichschritt mit den Verbraucherpreisen um 3,3%, wobei das Einkommenswachstum mit +2,4% im untersten Quintil der Haushalte wesentlich schwächer ausfiel.

Rückfragen: Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at, Christian.Glocker@wifo.ac.at, Thomas.Horvath@wifo.ac.at, Silvia.Rocha-Akis@wifo.ac.at

2015/011-3/S/WIFO-Projektnummer: 1814

© 2015 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 50,00 € • Kostenloser Download: <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/50897>

Verzeichnis der Übersichten	2
Verzeichnis der Abbildungen	3
Einleitung	4
1. Das Volkseinkommen und die Lohnquote	6
1.1. <i>Entwicklung der Arbeitseinkommen, Unternehmensgewinne und der Lohnquote</i>	6
1.2. <i>Die Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung im internationalen Vergleich</i>	11
1.3. <i>Implikationen und Ausblick</i>	17
2. Die Entwicklung und Verteilung von Löhnen und Gehältern	18
2.1. <i>Entwicklung der Effektiv- und Mindestlöhne</i>	19
2.2. <i>Entwicklung der ArbeitnehmerInneneneinkommen</i>	20
2.3. <i>Verteilung der ArbeitnehmerInneneneinkommen</i>	26
2.4. <i>Die Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Österreich</i>	31
2.5. <i>Zusammenfassung</i>	37
3. Die Entwicklung und Verteilung der Haushaltseinkommen	38
3.1. <i>Ungleichheit unter verschiedenen Gesichtspunkten</i>	39
3.2. <i>Die Entwicklung einzelner Einkommensquellen</i>	42
4. Zusammenschau	45
5. Literatur	50

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1: Die Einkommensentwicklung der letzten Jahrzehnte.....	7
Übersicht 2: Auswirkungen der Umstellung von ESVG 1995 auf ESVG 2010 ¹⁾	16
Übersicht 3: Entwicklung der Effektivverdienste und der tarifvertraglich festgelegten Mindestlöhne im Vergleich.....	20
Übersicht 4: Einkommensvergleich vollzeit- und teilzeitbeschäftigter unselbständig Erwerbstätiger, 2012.....	21
Übersicht 5: Durchschnittseinkommen der Vollzeitbeschäftigten nach Sozialrechtsstatus, inkl. Sonderzahlungen, 2012.....	22
Übersicht 6: Entwicklung der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede zwischen 1980 und 2012.....	26
Übersicht 7: ArbeitnehmerInnen nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigungen und nach Bezugsdauer, 2012.....	28
Übersicht 8: Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen nach Quintilen ¹⁾	29
Übersicht 9: Verteilung der Einkommen Vollzeit- und Ganzjahresbeschäftigter, 2012	30
Übersicht 10: Verteilungsmaß Gini-Koeffizient zwischen 1995 und 2012.....	30
Übersicht 11: Höhe und Entwicklung der Brutto- und Nettobezüge, 1995 bis 2012.....	31
Übersicht 12: Entwicklung der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen, 1983 – 2011	39
Übersicht 13: Entwicklung der Verteilung der äquivalisierten nominellen verfügbaren Haushaltseinkommen, 2006 bis 2011	41
Übersicht 14: Entwicklung der Verteilung der äquivalisierten verfügbaren Haushaltseinkommen, 2003 bis 2011	42
Übersicht 15: Alter, Anzahl der Personen im Haushalt und Anteil der Einkommenskomponenten am verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen nach Quintilen, 2011	43
Übersicht 16: Struktur der unselbstständigen Erwerbstätigkeit (Angestellte, Arbeiter, Beamte sowie bezahltes Arbeitsausmaß), 2011 nach Quintilen	45

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Die langfristige Entwicklung der Einkommen (Brutto)	8
Abbildung 2: Lohnquote brutto, bereinigt und unbereinigt	9
Abbildung 3: Entwicklung der Brutto- und Nettolohnquote, unbereinigt	10
Abbildung 4: Internationaler Vergleich der Lohnquote brutto, bereinigt ¹⁾	13
Abbildung 5: Durchschnittseinkommen (brutto) Vollzeitbeschäftigter nach Alter, Geschlecht und sozialrechtlicher Stellung, 2012 ¹⁾	23
Abbildung 6: Branchenspezifische monatliche Durchschnittseinkommen: Vergleich aller ArbeitnehmerInnen mit den Vollzeitbeschäftigten, brutto 2012	24
Abbildung 7: Einkommens-Median ¹⁾ und Niedriglohnschwelle für die Jahre 2000 bis 2012.....	34
Abbildung 8: Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in der Gruppe der Vollzeitbeschäftigten nach Geschlecht für die Altersgruppe 25-54 Jahre	35
Abbildung 9: Niedriglohnanteile der vollzeitbeschäftigten Frauen nach Altersgruppen	36
Abbildung 10: Niedriglohnanteile der Vollzeitbeschäftigten Männer nach Altersgruppen	36
Abbildung 11: Äquivalisiertes verfügbares Haushaltseinkommen in € pro Jahr für ausgewählte Dezile, 2003-2011 ¹⁾	40

Einleitung

Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit ist für mehr als 3,5 Mio. Menschen in Österreich die unmittelbare Hauptquelle der ökonomischen wie auch der sozialen Teilnahme am Leben. Aber auch die mittelbare soziale Absicherung im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Alter ist an die Höhe der Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit gekoppelt. Damit ist die Beobachtung der ökonomischen Ressourcen der Erwerbsbevölkerung sowohl aus gesamtwirtschaftlicher als auch aus sozialpolitischer Sicht von großer Bedeutung. Der vorliegende Beitrag wirft drei unterschiedliche Blickwinkel auf die Einkommensverteilung in Österreich:

Im ersten Teil werden im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (quasi der Buchhaltung der österreichischen Wirtschaft) die Entlohnung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital näher analysiert.

Im zweiten Teil stehen die Erwerbseinkommen der unselbstständig Beschäftigten und deren Verteilung sowie die Entwicklung der Niedriglöhne im Mittelpunkt.

Da die ökonomische Position nicht nur vom individuellen Arbeitseinkommen sondern auch vom Einkommen der anderen Haushaltsmitglieder wie auch von den Sozialtransfers an die Haushalte bestimmt ist, wird im dritten Teil der Arbeit der Blick auf die Haushaltseinkommen und deren Verteilung über die Zeit gerichtet.

Definition der verwendeten Begriffe, Konzepte und Daten

- Als Funktionale Einkommensverteilung wird die Verteilung der Erträge gemäß volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital bezeichnet. Die Analyse der „Entlohnung“ der Produktionsfaktoren erfolgt unabhängig von den dahinterstehenden Personen.
- Eine zweite gesamtwirtschaftliche Größe ist das Volkseinkommen (auch Sozialprodukt bezeichnet, Höhe 2013: 226 Mrd. €): Es ist die Summe aller bezogener Einkommen sowohl aus unselbstständiger als auch aus selbstständiger Tätigkeit; Vermögenseinkommen, Miet-, Zins- und Pachteinkommen, die innerhalb eines Jahres vorhanden sind, werden auch einbezogen.
- Die unbereinigte Lohnquote (2013: 70,3%) gibt den Anteil der ArbeitnehmerInnenentgelte (nur unselbstständig Erwerbstätige) in Relation zum Volkseinkommen wieder.
- In der bereinigten Lohnquote (2013: 70,1%) sind die Veränderungen in der Struktur der Erwerbstätigen, also Verschiebungen des Anteils unselbstständig Erwerbstätiger an den Erwerbspersonen wie auch Veränderungen der Erwerbspersonenzahl insgesamt berücksichtigt.
- Bei den ArbeitnehmerInnenentgelten (Höhe 2013: 159 Mrd. €) sind sämtliche Geld- und Sachleistungen, die unselbstständig Beschäftigte aus ihren Arbeitsverhältnissen zu-

fließen, berücksichtigt; Sie beinhalten neben den Bruttolöhnen und – gehältern auch die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der ArbeitgeberInnen (Höhe 2013: 30 Mrd. €) für die ArbeitnehmerInnen. In der Nettolohnquote (2012: 61,1%) wird durch Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und der Lohnsteuer von der Lohnsumme wie auch vom Volkseinkommen (Sozialabgaben und direkte Steuern, veranlagte Einkommens- und Körperschaftssteuer) eine Nettogröße ermittelt. Die Nettolohnquote gibt an, wie sich das Nettovolkseinkommen auf den Faktor Arbeit und Kapital verteilt. Bei einer gleichen Abgabenbelastung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital entspricht die Brutto- der Nettolohnquote. Die gegenüber der Bruttolohnquote niedrigere Nettolohnquote zeigt die stärkere Abgabenbelastung des Faktors Arbeit in Österreich. Erst im Rahmen der personellen Einkommensverteilung wird der Frage nachgegangen, wie sich das im Wirtschaftsprozess entstandene Einkommen auf einzelne Personen (ArbeiterInnen, Angestellte etc.) oder Personengruppen (Haushalte) verteilt. Hier kann zwischen Primäreinkommen und Sekundäreinkommen unterschieden werden.

- Die Primäreinkommen beziehen Bruttolöhne und Bruttokapitaleinkünfte mit ein. Sekundäreinkommen umfassen das tatsächlich verfügbare Einkommen von Personen oder Haushalten.
- Für die verfügbaren Haushaltseinkommen werden von den Primäreinkommen die direkten Steuern und die Sozialabgaben abgezogen; da es sich um eine Haushaltsbetrachtung handelt, sind andere Einkommensbestandteile wie beispielsweise Familienbeihilfen, Arbeitslosengeld, Unterhaltsleistungen etc. aller Haushaltsmitglieder Teil des verfügbaren Haushaltseinkommens. Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen auf Personenebene oder auf Haushaltsebene kann mit unterschiedlichen Maßzahlen gemessen werden. Der Vergleich der Einkommensanteile von gleich großen Personengruppen (Quintile, Dezile etc.) über die Zeit ist eine Maßzahl.
- Bei Einkommensvergleichen gibt der Gender Pay Gap (auch Gender Wage Gap bzw. Geschlechter-Einkommenslücke) die Differenz in den Stundenlöhnen von Frauen und Männer an. Beim unbereinigten Pay Gap werden die durchschnittlichen Stundenlöhne verglichen, während beim bereinigten Pay Gap die Unterschiede in der Qualifikation, Berufserfahrung etc. berücksichtigt werden. Niedriglöhne sind Vollzeitarbeitsplätze (36 Wochenstunden und mehr), die mit einem Entgelt verbunden sind, das 2/3 der Medianlöhne aller Vollzeitbeschäftigten nicht erreicht.
- Der Gini-Koeffizient dient als Kennzahl für die Einkommenskonzentration, wobei der hypothetische Wert 0 eine vollkommene Gleichverteilung des Einkommens über alle Haushalte und der Wert 1 eine vollkommenen Konzentration des Einkommens auf einen Haushalt impliziert. Datengrundlagen: Die funktionale Einkommensverteilung beruht auf den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 1995). Die Analyse im Bereich der personellen Einkommensverteilung umfasst ausschließlich Arbeits-

einkommen gemäß Lohn- und Sozialversicherungsstatistik. Aufgrund von Datenrestriktionen sind bei der Analyse der personellen Einkommensverteilung auf Personenebene die Vermögenseinkommen nicht berücksichtigt, diese Einkünfte finden sich aber in den Analysen zur Einkommensverteilung auf Haushaltsebene wieder, die anhand der Europäischen Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) durchgeführt ist.

1. Das Volkseinkommen und die Lohnquote

Unter der funktionalen Verteilungsanalyse wird die Aufteilung des gesamtwirtschaftlichen Sozialprodukts auf die Produktionsfaktoren verstanden. Dabei werden lediglich zwei Produktionsfaktoren und somit zwei Einkommensarten unterschieden, nämlich die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Den gebräuchlichsten Bestimmungsindikator für die funktionale Einkommensverteilung bildet hierbei der Lohnanteil am Volkseinkommen, die Lohnquote. Sie wird aus den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt.

Die Zuteilung der Einkommensströme auf die jeweiligen EmpfängerInnen gestaltet sich jedoch schwierig: Da private Haushalte prinzipiell sowohl über den Produktionsfaktor Arbeit wie auch Kapital verfügen können, ist es nicht unüblich, dass ein Haushalt sowohl Arbeits- als auch Kapitaleinkommen empfängt. Zinseinkünfte, Einkünfte aus Dividenden, etc. zählen zum Gewinneinkommen, betreffen aber natürlich auch vermögende ArbeitnehmerInnen. Neben den Schwierigkeiten bei der Zurechnung der Einkunftsteile auf Personen und Haushalte, werden die Gewinne der Unternehmen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nur als Restgröße erfasst, woraus eine verzerrte Abschätzung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen resultieren kann (Schäfer, 2004, Guger et al., 2014). Trotz dieser statistischen Erfassungsprobleme ist die funktionale Verteilungsanalyse für volkswirtschaftliche Fragestellungen von großer Bedeutung.

1.1. Entwicklung der Arbeitseinkommen, Unternehmensgewinne und der Lohnquote

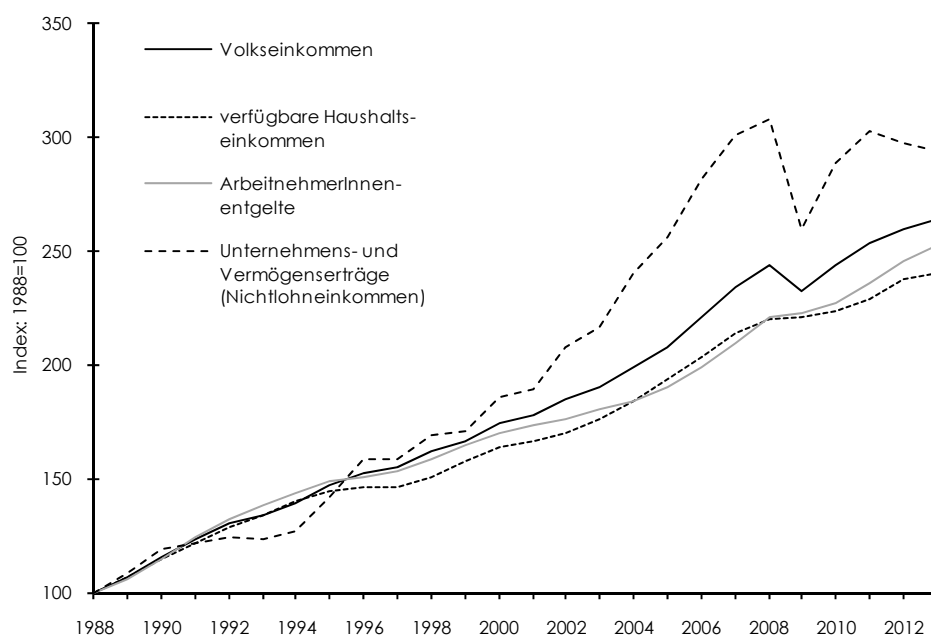
Das Arbeitseinkommen wird bestimmt von (i) der Zahl der im Inland beschäftigten ArbeitnehmerInnen, (ii) der Bruttostundenverdienste je Beschäftigten sowie (iii) den pro ArbeitnehmerIn geleisteten Arbeitsstunden. Die Entwicklung der Arbeitseinkommen blieb von 1990 bis 2000 geringfügig unter der der Unternehmens- und Vermögenseinkommen (vgl. Abbildung⁹¹). Von 2000 bis 2010 verstärkten sich die Unterschiede. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen wuchsen um durchschnittlich 4,5% pro Jahr und die Lohnenkommen um 2,9% p.a. (vgl. Übersicht⁹¹). Die globale Finanzkrise sowie die europäische Schuldenkrise veränderten dieses Muster. Der moderate Anstieg der ArbeitnehmerInnenentgelte im Krisenjahr 2009 steht im Kontrast zum dramatischen Fall der Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Ein Grund hierfür liegt in der stärkeren Abhängigkeit der Unternehmens- und Vermögenseinkommen

vom Konjunkturzyklus. In der Rezession brechen Produktivität und Gewinne rasch ein, die vertragsdeterminierten Lohneinkommen reagieren hingegen mit erheblicher Verzögerung. Im Jahr 2009 war dies besonders stark ausgeprägt: Zum einen war der Einbruch der Produktion und damit der Gewinne besonders stark, zum anderen lagen die Lohnabschlüsse aufgrund der hohen Inflationsrate des Vorjahres relativ hoch. Die Jahre 2010 und 2011 waren wieder vom alten Muster geprägt: rasch steigende Unternehmens- und Vermögenseinkommen und moderat steigende Lohneinkommen. Die beiden jüngsten Jahre, für die Daten vorliegen (2012 und 2013), zeichnen ein ähnliches Bild wie jenes der Finanzkrise 2008/2009. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen hatten sich in diesem Zeitraum rückläufig entwickelt (2012: -1,8%; 2013: -1,3%), wohingegen die Lohneinkommen zulegten (2012: +4,1%, 2013: +2,8%). Diese Entwicklung spiegelt sich deutlich in der Lohnquote wider.

Übersicht*1: Die Einkommensentwicklung der letzten Jahrzehnte

	Ø 1990- 2000	Ø 2000- 2010	2009	2010	2011	2012	2013
	Veränderung in % p.a.		Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Volkseinkommen							
insgesamt	+ 4,2	+ 3,4	- 4,7	+ 4,8	+ 4,2	+ 2,2	+ 1,6
je EinwohnerIn	+ 3,7	+ 3,0	- 5,0	+ 4,6	+ 3,8	+ 1,8	+ 1,1
Arbeitnehmerentgelte							
insgesamt	+ 4,0	+ 2,9	+ 0,9	+ 2,1	+ 3,9	+ 4,1	+ 2,8
je unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 3,4	+ 2,3	+ 2,4	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,7	+ 2,2
Unternehmens- und Vermögenserträge							
insgesamt	+ 4,6	+ 4,5	- 15,8	+ 11,3	+ 4,9	- 1,8	- 1,3
je EinwohnerIn	+ 4,1	+ 4,1	- 16,0	+ 11,0	+ 4,5	- 2,3	- 1,7
Nettolöhne und -gehälter¹⁾							
je unselbständig aktiv Beschäftigte, nominell	+ 2,6	+ 2,3	+ 4,2	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,8
je unselbständig aktiv Beschäftigte, real mit Konsumdeflator	+ 0,5	+ 0,6	+ 3,8	- 0,8	- 2,0	- 1,1	- 0,4
Konsumdeflator	+ 2,1	+ 1,8	+ 0,4	+ 1,8	+ 3,6	+ 2,6	+ 2,2
Verbraucherpreisindex	+ 2,3	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,8	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,0

Q: Statistik Austria; WIFO-Berechnungen.- ¹⁾ gemäß WIFO-Prognose, September 2014; ESVG95.

Abbildung^o1: Die langfristige Entwicklung der Einkommen (Brutto)

Q: Statistik Austria; WIFO, ESG95.

1.1.1. Die Entwicklung der Lohnquote

Die Lohnquote beschreibt den Anteil des Einkommens aus nichtselbstständiger Arbeit am Volkseinkommen. Die gesamtwirtschaftliche Lohnquote ergibt sich als Division der ArbeitnehmerInnenentgelte (Lohneinkommen) durch das gesamte Volkseinkommen.

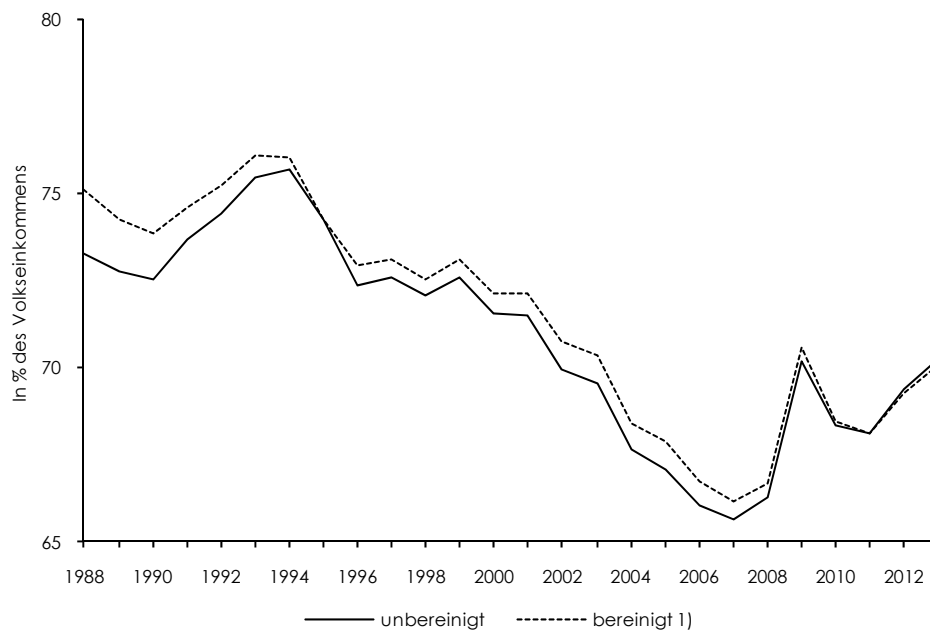
Die Lohnquote kann auch in Reallohn und dem Kehrwert der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität aufgeteilt werden. Hier zeigt sich, dass ein Gleichklang der Zunahme von realen Lohneinkommen und Arbeitsproduktivität die Lohnquote unverändert bleibt. Liegt hingegen die Zunahme der Reallöhne unter dem Produktivitätswachstum, sinkt die Lohnquote. Eine sinkende Lohnquote war in Österreich bis zum Krisenjahr 2008 deutlich stärker ausgeprägt als in den meisten europäischen Ländern (vgl. Abbildung^o4).

Die Lohnquote misst lediglich die Arbeitseinkommen der unselbstständig Beschäftigten. Veränderungen der Lohnquote über die Zeit könnten daher durch Veränderungen der Beschäftigungsstruktur insbesondere durch Verschiebungen im Verhältnis von unselbstständig zu selbstständig Erwerbstätigen verursacht sein. Um diesem Problem vorzubeugen, wird die gesamtwirtschaftliche Lohnquote um Veränderungen der Erwerbstätigenstruktur bereinigt. Dazu wird die Zahl der Erwerbstätigen und der abhängig Beschäftigten auf ein Basisjahr standardisiert. Die folgende Abbildung^o2 (Lohnquote brutto) veranschaulicht den zeitlichen Verlauf der

bereinigten und unbereinigten Lohnquote. Langfristig zeigt sich für Österreich ein sinkender Trend der Lohnquote.

Auf Basis der Einkommensdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verdeutlicht sich, dass die bereinigte Lohnquote allein zwischen Ende der 1980er Jahre von 75% auf rund 66% im Jahr 2007, dem niedrigsten Wert seit Beginn vergleichbarer Aufzeichnungen, gesunken ist.

Abbildung°2:°Lohnquote brutto, bereinigt und unbereinigt



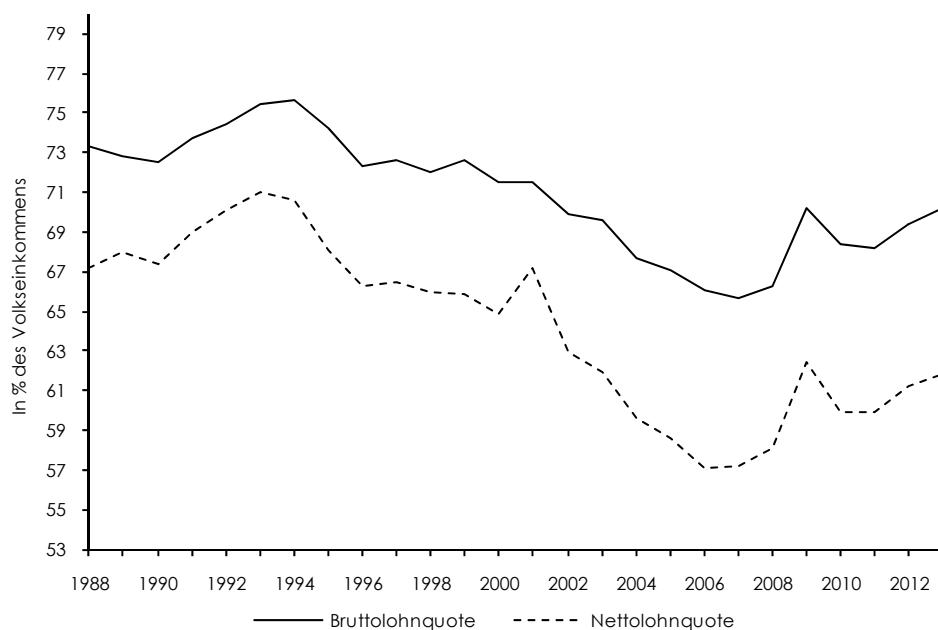
Q: Statistik Austria; WIFO-Berechnungen.- 1) Lohnquote bereinigt um die Verschiebungen des Anteils der unselbstständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr, ESG95.

Der krisenbedingte Rückgang der Unternehmens- und Vermögenseinkommen als Folge der Finanzkrise 2008/2009 und der europäischen Schuldenkrise 2012/2013 führte zu einem sprunghaften Anstieg der Lohnquote. Die Lohnquote weist hier einen typischen antizyklischen Verlauf auf. Sie steigt in Phasen konjunktureller Abschwünge an, während sie umgekehrt in Aufschwungphasen sinkt. Grund hierfür ist die - nur teilweise erfolgende - Anpassung der Löhne an die konjunkturelle Entwicklung, während die Unternehmens- und Vermögenseinkommen deutlich stärker schwanken als die Lohneinkommen. Da die Anpassung darüber hinaus zeitlich verzögert einsetzt, weist die Antizyklizität der Lohnquote in der Regel eine leichte Phasenverschiebung auf.

1.1.2. Zunehmende Abgabenbelastung der Lohneinkommen: Nettolohnquote sinkt stärker als Bruttolohnquote

Die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten brachte nicht nur eine Verschiebung der Einkommensverteilung mit sich, auch die Abgabenbelastung der Produktionsfaktoren hat sich verändert. Die zuvor dargestellte Bruttolohnquote misst die Primärverteilung des Volkseinkommens, die sich über den Markt ohne staatliche Umverteilung ergibt. Zur Beurteilung der Abgabenbelastung eignet sich ein Vergleich der Bruttolohnquote mit der Nettolohnquote (Abbildung³). Sind Brutto- und Nettolohnquote gleich hoch, so entspricht die Abgabenbelastung der unselbstständigen Einkommen jener der Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Ist hingegen die Nettolohnquote niedriger als die Bruttolohnquote, so wird der Faktor Arbeit stärker mit Abgaben belastet als der Faktor Kapital.

Abbildung³: Entwicklung der Brutto- und Nettolohnquote, unbereinigt



Q: Statistik Austria; WIFO, ESG95.

Der Pfad der Differenz der Brutto- und Nettolohnquote zeigt unter anderem die Wirkung von z.B. Steuerreformen auf, die Einkommensteuerreformen 2000 und 2009 verkleinerten die Differenz zwischen den beiden Quoten. Auch widerspiegeln sich darin konjunkturelle Faktoren, da sich die jeweiligen Einkunftsarten im Konjunkturverlauf mitunter sehr heterogen entwickeln und sich die Steuern hinsichtlich ihres Progressionsgrades unterscheiden.

Es zeigt sich, dass der Abstand zwischen Brutto- und Nettolohnquote tendenziell gestiegen ist. Die Nettolohnquote lag im Jahr 1995 bei 68,1%. Die Differenz zur Bruttolohnquote von 6,1 Pro-

zentpunkten zeigt, dass die Abgabenlast der Lohneinkommen deutlich höher war als jene der anderen Einkommen. In den Jahren danach hat sich die Abgabenlast weiter zu Lasten der Lohneinkommen verschoben. Im Jahr 2012 betrug die (unbereinigte) Nettolohnquote 61,2%, um 8,2 Prozentpunkte weniger als die Bruttolohnquote. Der langfristige Trend wurde lediglich durch den starken Konjunkturabschwung im Zuge der Finanzkrise unterbrochen. Der Rückgang dieser Differenz im Jahre 2009 auf 7,7 Prozentpunkte spiegelt zum einen die Wirkung von fiskalpolitischen Maßnahmen wider, zum anderen machen sich konjunkturelle Effekte bemerkbar.

1.2. Die Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung im internationalen Vergleich

Wie die folgende Abbildung „Internationaler Vergleich der Lohnquote“ anhand ausgewählter EU-Länder zeigt, sind in den meisten europäischen Volkswirtschaften die bereinigten Lohnquoten¹⁾ in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gefallen. Stiegen bis in die 1970er Jahre die Lohnquoten noch an oder verliefen zumindest im Gleichklang mit der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, so war in den 1980er Jahren eine Trendumkehr zu verzeichnen. Seitdem fallen die Lohnquoten in europäischen Ländern zum Teil drastisch. In manchen Ländern, darunter auch Österreich gab es zwischen 1980 und 2012 einen Rückgang von über zehn Prozentpunkten. Verglichen mit den 1970er Jahren, als die Lohnquoten in vielen europäischen Ländern deutlich über 70% des Volkseinkommens lagen, sind die aktuellen Lohnquoten auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. In den vergangenen drei Jahrzehnten sind die Reallohnentwicklungen deutlich hinter dem Produktivitätswachstum zurück geblieben. Dieser Trend lässt sich für die meisten EU-Länder feststellen. Dementsprechend stieg die Unternehmensgewinnquote, die ein Spiegelbild der Lohnquote ist.

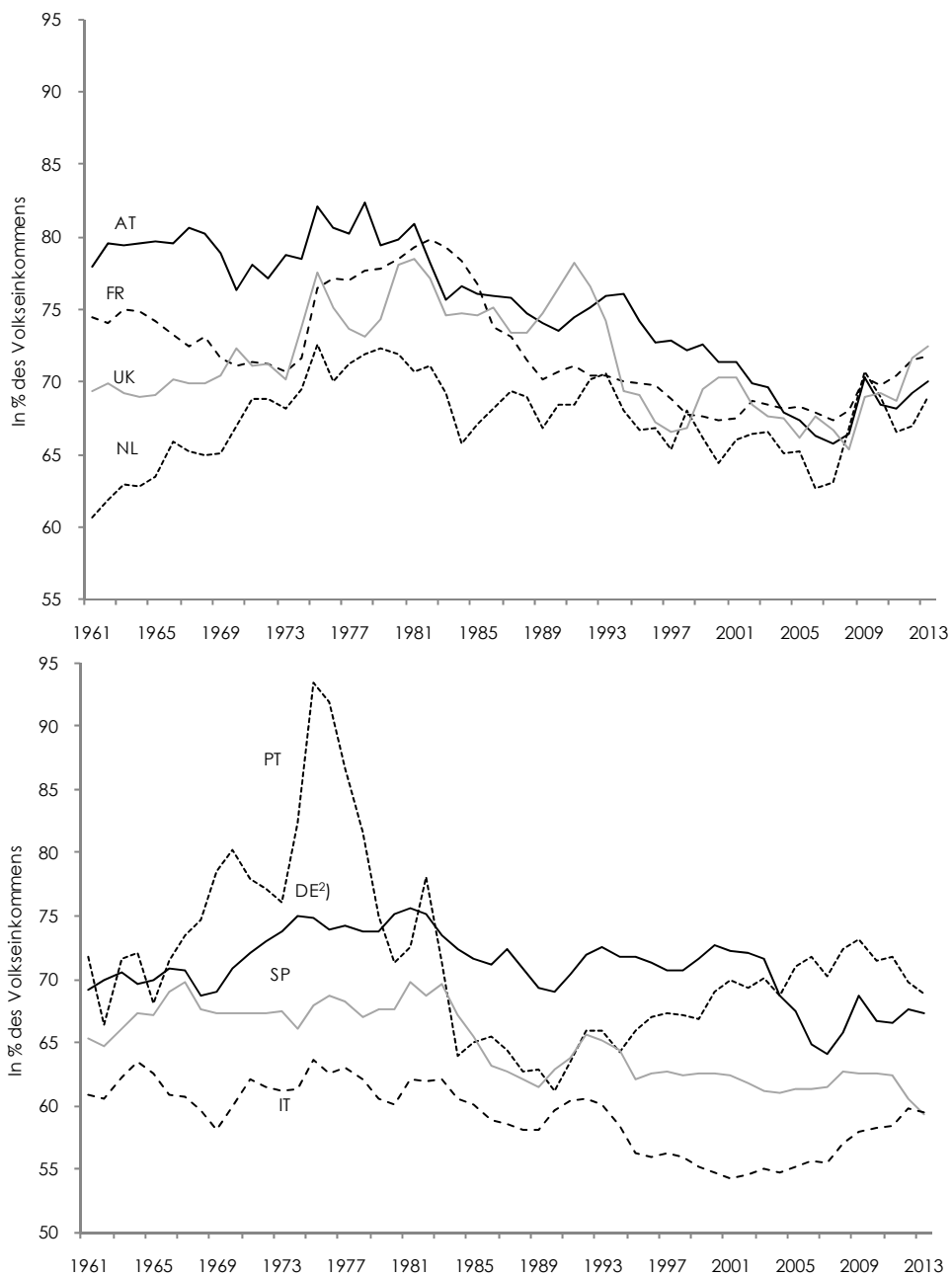
Insgesamt lassen sich länderspezifische Unterschiede in der Lohnquotenentwicklung in den vergangenen drei Jahrzehnten feststellen: In Europa gibt es eine Gruppe von Ländern mit relativ hohen Lohnquoten 2013, die sich in den vergangenen Jahrzehnten kaum verändert bzw. sogar zugenommen haben, hierzu zählen Schweden (73,1%), Dänemark, (72,9%), die Niederlande (69%) und auch Großbritannien (72,4%). Der EU-27-Durchschnitt liegt 2013 bei 66%. In der zweiten Ländergruppe mit überdurchschnittlichem Rückgang der Lohnquote bis 2013 finden sich Spanien (59,3%), Portugal (68,8%), Deutschland (67,3%) aber auch Österreich (70,0%). Aus der Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung lassen sich keine generellen Rückschlüsse auf die personelle Einkommensverteilung ziehen. So ist beispielsweise in Großbritannien die hohe Lohnquote mit einer scharfen Polarisierung der personellen Einkommensverteilung – vor allem aufgrund der überdurchschnittlichen Verdienste im Finanzsektor - verbunden²⁾. Ein hoher Anteil an Beschäftigten im Finanzsektor und ein überdurchschnittlicher

¹⁾ Seit den 1980er Jahren hat sich der Anteil der ArbeitnehmerInnen an allen Erwerbstätigen erhöht. Im Folgenden werden die bereinigten (Brutto-)Lohnquoten verwendet, um diese Veränderungen in der Erwerbsstruktur auszuscheiden.

²⁾ In den USA ging die Entwicklung zunehmender Einkommensungleichverteilung sogar so weit, dass die Top 1% an

Anstieg bei Management-Gehältern sind für diese steigenden Einkommensungleichheiten auf Personenebene verantwortlich. Stockhammer (2013) weist darauf hin, dass, würde man die Managervergütungen zu den Gewinnen rechnen, sowohl die britische Lohnquote als auch die kontinentaleuropäischen Lohnquoten noch deutlich niedriger wären.

EinkommensbezieherInnen ihren Anteil am Volkseinkommen um mehr als 10 Prozentpunkte erhöhen konnten (siehe z.B.: *Atkinson et al.*, 2011). Dies impliziert, dass vor allem die hohen Einkommen und Vergütungen aus dem Finanzsektor das durchschnittliche Lohneinkommen und damit den Anteil der Löhne am Volkseinkommen in die Höhe getrieben und somit einen Fall der Lohnquote verhindert haben. Diese Entwicklung steht im Kontrast zu jener von Niedrig-einkommensbezieherInnen, die einen deutlichen Verlust an Einkommen und Kaufkraft erlitten hatten (*Stockhammer*, 2013).

Abbildung 4: Internationaler Vergleich der Lohnquote brutto, bereinigt¹⁾

Q: Ameco; WIFO-Berechnungen.- ¹⁾ Lohnquote bereinigt um die Verschiebungen des Anteils der unselbstständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995.- ²⁾ Vor 1991 BRD, verkettete Zeitreihe. AT... Österreich, DE... Deutschland, FR... Frankreich, IT... Italien, NL... Niederlande, PT... Portugal, SP... Spanien, UK... Großbritannien.

1.2.1. Ursachen für eine fallende Lohnquote

Die Lohnquote ändert sich, wenn sich die Entlohnung der Beschäftigten nicht im Gleichklang mit der gesamtwirtschaftlichen Produktivität entwickelt. Konjunkturelle Schwankungen sind mit Änderungen der Lohnquote verbunden. Der Einbruch der Gewinne und der Rückgang beim Bruttoinlandsprodukt ließ zwischen 2008 und 2009 die Lohnquote um 4 Prozentpunkte auf 70,4% (2009) ansteigen. Mittelfristig ist die Arbeitsmarktlage entscheidend: Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit verringert direkt den Lohnanteil am Volkseinkommen, da Arbeitslose nicht Arbeitseinkommen sondern Transfereinkommen beziehen. Zugleich führt eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu einer Schwächung der Lohnverhandlungsposition der ArbeitnehmerInnen.

Für die in vielen Ländern beobachteten langfristig fallenden Lohnquoten bietet die volkswirtschaftliche Theorie weitere Erklärungsansätze an. Einen Einflussfaktor stellt die Lohnpolitik dar. Eine zurückhaltende Lohnpolitik führt zu Lohnzuwächsen unter der Arbeitsproduktivität. Aus der Entwicklung der Lohnquote kann jedoch nicht der Kurs der Lohnpolitik abgelesen werden. Eine sinkende Lohnquote kann sowohl durch eine zurückhaltende als auch durch eine aggressive Lohnpolitik hervorgerufen werden. Das Ergebnis hängt davon ab, in welcher Form ein Austausch (Substitution) der Produktionsfaktoren Arbeit durch Kapital erfolgt. Steigen die Löhne weniger stark als die Arbeitsproduktivität und werden trotz dieser zurückhaltenden Lohnpolitik nicht mehr Arbeitskräfte eingestellt, sinkt die Lohnquote. Erhöhen sich die Löhne stärker als die Arbeitsproduktivität, kann es trotzdem zum Rückgang der Lohnquote kommen wenn die steigenden Löhne zu einem Austausch des Faktors Arbeit zugunsten des Faktors Kapital führen (vgl. u.a. Galí, 2008).

Vor diesem Hintergrund stellt der Substitutionsgrad zwischen den verschiedenen Produktionsfaktoren das zentrale Element eines klaren Verständnisses der Änderung der Lohnquote dar. Gemäß der Europäische Kommission (2007) gibt es hier unterschiedliche Trends in den unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen bzw. Berufs- und Qualifikationsgruppen: Es zeigt sich in Europa, dass neue Technologien tendenziell gering qualifizierte ArbeitnehmerInnen ersetzen. Der höhere Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften ist nicht in der Lage den Rückgang bei den Geringqualifizierten auszugleichen.

Ein weiteres Argument zur Erklärung fallender Lohnquoten bezieht sich auf die Globalisierung. Diese wirkt sich sowohl in einer Zunahme des internationalen Handels als auch in zunehmender Mobilität von Kapital und Arbeit aus. In diesem Zusammenhang stellt das Stolper-Samuelson Theorem (1941) einen theoretischen Ansatz aus der Handelstheorie dar. Es besagt, dass vor allem jener Faktor überproportional vom internationalen Handel profitieren sollte, der im Überfluss vorhanden ist. Für hoch entwickelte Länder wie Österreich ist dies der Faktor Kapital, wohingegen der Faktor Arbeit das entsprechende Pendant in Schwellenländern ist. Gemäß dieser Theorie sollten in Folge eines zunehmenden internationalen Handels die Lohnquoten in Industrieländern fallen und in Schwellenländer steigen. Sowohl Internationaler Währungsfond (2007) als auch Europäische Kommission (2007) finden empirische Evidenz hierfür. Wie Stockhammer (2013) jedoch aufzeigt, lassen sich keine steigenden Lohnquoten in den Entwicklungsländern feststellen, was gemäß der Theorie zu erwarten gewesen wäre; dies

schwächt die Stolper-Samuelson Theorie hinsichtlich ihrer empirischen Relevanz. In Österreich dürfte der Einfluss der Globalisierung auf die Lohnquote vor allem aufgrund enger wirtschaftlicher Verflechtungen mit osteuropäischen Ländern und dem damit verbundenen hohen Offenheitsgrad der österreichischen Volkswirtschaft noch deutlicher ausgeprägt sein als in den meisten anderen Industrieländern (Breuss, 2007). So erfolgte der Rückgang der Lohnquote in Österreich seit Mitte der neunziger Jahre deutlich rasanter als in fast allen anderen westeuropäischen Ländern (vgl. Abbildung⁴).

Eine gestiegene Bedeutung der Finanztätigkeit und der Finanzinstitutionen ist charakteristisch für die wirtschaftlichen Transformationen, die seit Mitte der 1970er Jahre stattgefunden hatten. Diese Entwicklung (Finanzialisierung) umfasst, unter anderem steigende Verschuldungsquoten von Haushalten und Unternehmen, stark schwankende Wechselkurse und Vermögenspreise, eine gestiegene Kurzfristorientierung der Finanzinstitute in ihren Vermögensanlageentscheidungen, stärkere Orientierung der Unternehmen an den Gewinnen im Sinne der Kapitaleigner (Ertürk et al., 2008, Stockhammer, 2010). Die Finanzialisierung ist ein weiterer Erklärungsansatz für die fallende Lohnquote, da sie zwei wichtige Auswirkungen auf den Lohnverhandlungsprozess zeigt. Zum einen haben Unternehmen aufgrund von Finanzialisierung eine breitere Auswahl an Investitionsmöglichkeiten: Sie können in Finanzanlagen als auch in Sachwerte investieren, und dies sowohl im eigenen Land als auch im Ausland. Unternehmen profitieren somit von einer höheren Investitionsvielfalt in Bezug auf die geographische Lage als auch in Bezug auf den Inhalt der Investitionen. Zum anderen hat Finanzialisierung Aktionäre (Kapitaleigner) relativ zu ArbeitnehmerInnen in der Lohnverhandlungsposition gestärkt. Der reale Sektor ist als Folge daraus oft gezwungen, drastische Kosteneinsparungen vorzunehmen, unter anderem auch bei den Löhnen (Lazonick – O'Sullivan, 2000, Stockhammer, 2004).

Stockhammer (2013) testet mit Daten für 71 Länder zwischen 1970 und 2007 die oben genannten Gründe für die fallenden Lohnquoten und kommt zum Ergebnis, dass Finanzialisierung – also die Dominanz der Finanzmärkte im Wirtschaftsgeschehen – der Hauptgrund für die fallenden Lohnquoten ist. Finanzialisierung erklärt gemäß dieser Panelstudie 3,3 Prozentpunkte des Rückgangs der Lohnquoten, weitere 1,3 Prozentpunkte die Globalisierung, technologischer Wandel hingegen nur 0,7 Prozentpunkte. In ähnlicher Form wird auch vom Internationalen Währungsfond (2007) auf die Relevanz einer zunehmenden Finanzialisierung für die im langfristigen Trend rückläufigen Lohnquoten hingewiesen.

Weitere Ursachen für den langfristigen Abwärtstrend der Lohnquote liegen in der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte in Form von Ausgliederung, verstärktem Einsatz von Leiharbeit, der raschen Zunahme der Teilzeitbeschäftigung sowie atypischer Beschäftigungsformen und den Beschäftigungszuwächsen im Dienstleistungsbereich. Diese Arbeitsformen und Jobs sind meist mit einem niedrigen Einkommen verbunden und fördern die sinkende Lohnquote.

1.2.2. Umstellung auf ESVG 2010 - Auswirkungen auf die Lohnquote

Durch die Neugestaltung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) fällt das Bruttoinlandsprodukt höher aus. Bedeutsam hierfür ist vor allem die Er-

weiterung des Investitionsbegriffs, der jetzt auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) einschließt. Diese werden nicht mehr als Vorleistungen, sondern als Bruttoanlageinvestitionen behandelt. Darüber hinaus zählen von nun an auch militärische Waffensysteme als Investitionen³⁾.

Die Neuberechnung liegt seit September 2014 vor. Für Österreich hat sich ein um 3% höheres nominales BIP ergeben. Bezogen auf das Jahr 2013 entspricht dies einem absoluten Niveaufekt in einer Größenordnung von 9,5 Mrd. €

Übersicht²: Auswirkungen der Umstellung von ESVG 1995 auf ESVG 2010¹⁾

	Lohnquote brutto		Unternehmens- und Vermögenseinkommen	
	In %	Veränderung in Prozentpunkten	In Mio. €	Veränderung in %
ESVG 1995	70,3		67.110	
ESVG 2010 (BIP: +3%)	69,2	- 1,1	68.852	+ 2,6

Q: Statistik Austria, VGR; WIFO-Berechnungen.- 1) Änderung von Lohnquote bzw. Unternehmens- und Vermögenseinkommen durch Erhöhung des BIP-Niveaus im Jahr 2013 (+3%).

Übersicht² zeigt die Veränderung der Lohnquote durch den Übergang auf das ESVG 2010: Unternehmens- und Vermögenserträge werden auch nach der Neugestaltung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht originär berechnet sondern bleiben eine Restgröße⁴⁾. Der erweiterte Investitionsbegriff mit einem höheren Anlagevermögen führt annahmegemäß zu höheren Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Sämtliche statistische Messfehler, Unschärfen, etc. in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung schlagen sich somit auch künftig in diesem Aggregat nieder. Die Zunahme des BIP um 9,5 Mrd. € führt zu einer Reduktion der unbereinigten Bruttolohnquote um 1,1 Prozentpunkte. Im Gegenzug steigen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 2,6% an. Die Ausweitung des Investitionsbegriffs in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung führt somit zu einem statistischen Bedeutungsverlust der ArbeitnehmerInnenentgelte im gesamtwirtschaftlichen Einkommensgefüge.

³⁾ Vorläufige Schätzungen legen nahe (endgültige Werte liegen für alle Mitgliedsländer Ende September 2014 noch nicht vor), dass für die Mitgliedsländer der Europäischen Union rund 80% der konzeptionellen Veränderungen infolge der Einführung des ESVG 2010 aus der Vermögenswirksamkeit der F&E-Leistungen und rund 10% aus der Berücksichtigung militärischer Waffensysteme resultieren (vgl. u.a.: Europäische Kommission, 2014).

Im bisherigen ESVG 1995 wurden F&E-Leistungen bereits als Produktion betrachtet. Zugleich wurden diese Aktivitäten auch als Vorleistungen behandelt. Sie waren somit Güter, die im laufenden Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt wurden. Folglich hatten sie keine Auswirkungen auf die Bruttowertschöpfung, die sich aus dem Produktionswert abzüglich der Vorleistungen ergibt, und damit auch nicht auf das BIP. Die F&E-Leistungen erhöhten gleichermaßen die gesamtwirtschaftliche Produktion und Vorleistungen und waren damit für die Differenz dieser beiden Größen (Bruttowertschöpfung) neutral. Mit der anstehenden VGR-Revision werden F&E-Leistungen künftig nicht nur als Produktion, sondern auch als Investition gesehen.

⁴⁾ Schon beim Übergang auf das ESVG 1995 wurde die funktionale Einkommensverteilung deutlich revidiert: Es wurde zunächst das Volkseinkommen nach oben korrigiert. Diese Korrekturen verliefen sowohl in absoluter als auch in relativer Betrachtung weitgehend parallel mit den Veränderungen beim BIP sowie beim Brutto- und Nettoneationaleinkommen. Die Erhöhung des Volkseinkommens durch die Implementierung des ESVG 1995 schlug sich dann fast vollständig bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen nieder, was wiederum zu einer deutlich niedrigeren Lohnquote führte.

1.3. Implikationen und Ausblick

Der markante Anstieg der Lohnquote während der globalen Finanzkrise 2008/2009 war lediglich ein temporäres Phänomen. Auch der Anstieg im Zuge der europäischen Schuldenkrise 2012/2013 wird wohl eine krisenbedingte Entwicklung darstellen. Vor allem ein konjunkturell bedingter günstigerer Ausblick für Unternehmens- und Vermögenseinkommen, aber auch der anhaltende Druck durch die fortschreitende Globalisierung dürften im laufenden und in den Folgejahren wieder zu einem Rückgang des Lohnanteils am Volkseinkommen führen. Damit würde sich ein Trend fortsetzen, der schon drei Jahrzehnte anhält.

Die Umverteilung zu Lasten Lohneinkommensbeziehender hat unterschiedliche makroökonomische Konsequenzen. Auf der einen Seite führt eine sinkende Lohnquote zu einer Dämpfung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Dieser Effekt steigt mit dem Anteil an Haushalten, die durch eine hohe marginale Konsumneigung charakterisiert sind, was wiederum vorwiegend Lohneinkommensbeziehende sind. Die daraus resultierende Nachfrageschwäche wirkt sich wiederum negativ auf den Arbeitsmarkt aus. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit ist oftmals mit einer Schwächung der Lohnverhandlungsposition der ArbeitnehmerInnen verbunden, was sich wiederum in einer eher zurückhaltenden Lohnpolitik widerspiegelt. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit verbunden mit Lohnzurückhaltung kann die Beschäftigungssituation noch verschlimmern: Lohnsteigerungsraten die geringer sind als die Produktivitätsfortschritte, können bei konstanten Rahmenbedingungen nicht nur zu einem Anstieg der Unternehmens- und Vermögenseinkommen führen, sondern über eine ausgeprägte Konsumzurückhaltung auch zu einem Ausfall der Inlandsnachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern. Diese negativen Impulse führen zu weiteren Spannungen am Arbeitsmarkt in Form von abnehmender Beschäftigung bzw. einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dies schwächt die ArbeitnehmerInnenposition in den Lohnverhandlungen zusätzlich und eine weitere Lohndämpfung ist die Folge. Es besteht die Gefahr von ungünstigen Rückkopplungseffekten, in denen eine zurückhaltende Lohnpolitik eine aggregierte Nachfrageschwäche induziert, was wiederum zu einer weiteren Verschlechterung am Arbeitsmarkt führt.

Auf der anderen Seite führt ein Rückgang der Lohnquote zu einem Sinken der (relativen) Lohnstückkosten. Dadurch verbessert sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes gegenüber den Handelspartnern. Dieser komparative Vorteil wird sich in der Folge in einer Belebung der Exporte widerspiegeln, was wiederum positive Impulse für den Arbeitsmarkt – zunächst im Bereich der exportorientierten Wirtschaft – generiert. Dadurch ergeben sich auch für die Binnennachfrage positive Effekte, was eine weitere Verbesserung der Beschäftigungssituation zur Folge hat. Dies ist vor allem für kleine offene Volkswirtschaften wie Österreich ein häufig beobachtetes Szenario. Die von einer Exportbelebung resultierenden positiven Impulse für den Binnenmarkt fallen in globalen Aufschwungphasen mitunter sehr stark aus. Ähnlich ausgeprägt sind auch die Abschwünge im Falle eines globalen Konjunkturinbruchs. Ein hoher Offenheitsgrad vergrößert die Abhängigkeit einer Volkswirtschaft vom Ausland und bringt damit auch Risiken für die Binnenkonjunktur mit sich. Ein stabiler Pfad des Konsums der priva-

ten Haushalte in Folge einer adäquaten Lohnpolitik kann auch in diesem Fall die Binnen- nachfrage stützen und damit die gesamtwirtschaftliche Volatilität dämpfen.

In Österreich treffen beide Effekte aufeinander. Auf der einen Seite blieben im vergangenen Jahrzehnt die Lohnzuwächse hinter den Produktivitätszuwachsen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt zurück. Auf der anderen Seite stellt die Exportwirtschaft einen wichtigen Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt dar. Die Effekte beider Bereiche variieren im Konjunkturverlauf: Während in der Abschwungphase 2009 die Konsumausgaben der privaten Haushalte auch aufgrund der guten Lohnabschlüsse aus dem Jahr 2008 einen Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt leisteten, waren diese 2012 und 2013 stärker von der Exportwirtschaft getragen. Der Nettoeffekt aus beiden Entwicklungen wird vom stark steigenden Arbeitskräfteangebot mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit überlagert. Insgesamt kann der langfristige Trend einer sinkenden Lohnquote - wie bereits dargestellt - durch eine adäquate Lohnpolitik gebremst werden.

2. Die Entwicklung und Verteilung von Löhnen und Gehältern

In den vergangenen zwei Jahrzehnten stieg die Lohn- und Gehaltssumme in Österreich mit durchschnittlich 3,1% pro Jahr etwas schwächer als das Bruttoinlandsprodukt, das mit 3,5% pro Jahr zunahm. Die Entwicklung und die Verteilung der Löhne und Gehälter in Österreich sind sowohl von der Anzahl und der Struktur der Beschäftigung als auch von der Entlohnungshöhe bestimmt. Hier wiederum ist die Struktur des Arbeitskräfteangebotes wie auch die Arbeitskräftenachfrage bestimmend. Veränderungen auf beiden Seiten des Arbeitsmarktes wirken auf die Einkommen und die Einkommensverteilung unselbstständig Beschäftigter.

Das Arbeitskräfteangebot ist gekennzeichnet durch die Zunahme des Anteils der über 45-jährigen Erwerbspersonen und vom Rückgang des Anteils der Jüngeren. Insgesamt steigen die Anforderungen der Arbeitswelt sowohl in Bezug auf die formalen Ausbildungsabschlüsse als auch an die konkreten beruflichen Tätigkeiten (*Violante, 2009, Huber, 2010*). Die veränderte Branchen- und Berufsstruktur ist mit einer stärkeren Arbeitsmarktintegration der Höherqualifizierten verbunden (*Horvath – Mahringer, 2014*). Die Einkommensperspektiven sollten sich durch diese Entwicklungen besonders bei den Jungen verbessern. Gleichzeitig verzeichnet Österreich eine Zunahme der de-standardisierten Beschäftigungsverhältnisse und eine zunehmende Segmentierung des Arbeitsmarktes (*Eppel et al., 2013*). Diese Entwicklung verschlechtert die Einkommenschancen jener, die schwächer am Arbeitsmarkt integriert und häufiger arbeitslos sind.

Die Größe der einzelnen Effekte auf die Einkommensentwicklung und Einkommensverteilung kann nur annähernd quantifiziert werden.

- Insgesamt dürfte die unterschiedliche Geschwindigkeit in der Zunahme des Arbeitsvolumens und der Beschäftigtenzahlen ein Hauptgrund des mäßigen gesamtwirtschaftli-

chen Lohnwachstums sein: Zwischen 2004 und 2008 nahm die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden aller unselbstständig erwerbstätigen Männer um durchschnittlich 1,2% pro Jahr zu, jenes der Frauen um 1,9%. Im Krisenjahr 2009 ging das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen zurück, entwickelte sich anschließend mäßig und ging 2013 erneut zurück. Die Zahl der unselbstständig beschäftigten Männer erhöhte sich zwischen 2004 und 2013 um durchschnittlich 0,8% pro Jahr, jene der Frauen sogar um durchschnittlich 1,2% pro Jahr. Die geleisteten Arbeitsstunden der Männer lagen 2013 noch unter dem Niveau von 2004, obwohl die Beschäftigtenzahlen um 7% höher als 2004 waren. Das geleistete Arbeitsvolumen der unselbstständig beschäftigten Frauen stieg gegenüber 2004 um 7,6% an, die Zahl der Beschäftigten um 11%. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten deutlich stärker als das Arbeitsvolumen. Unter der hypothetischen Annahme einer einheitlichen Stundenentlohnung deutet bereits diese Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens auf die mäßige Einkommensentwicklung in diesem Zeitraum hin.

- Die Dynamik am Arbeitsmarkt (Beschäftigungsumschlag bzw. Beschäftigungszuwächse) dürfte sich verändert haben. Allein zwischen 2007 und 2013 stieg die Zahl der unselbstständig beschäftigten Frauen um rund 84.000 und jene der Männer um 55.000 an. Wenn diese Beschäftigungszugänge zu einem großen Teil auf der Basis der kollektivvertraglichen Mindestlöhne passieren, dämpft das die Einkommensentwicklung. Diese Entwicklung ist bereits in der Industrie beobachtbar (*Leoni – Pollan, 2011*).
- Auch durch die Zunahme der ausländischen Arbeitskräfte (*Huber – Böhs, 2011*) mit unterjährig und befristeten Beschäftigungsverhältnissen könnte die schwache Lohnentwicklung beeinflusst sein: Werden diese Arbeitskräfte zu kollektivvertraglichen Mindestlöhnen beschäftigt, kommen sie bei kurzer Beschäftigungsdauer nicht in den Genuss von Lohnvorrückungen.

2.1. Entwicklung der Effektiv- und Mindestlöhne

Aus einer gesamtwirtschaftlichen Perspektive ist die Lohnentwicklung der Vergangenheit aufgrund der eingangs genannten Gründe und Faktoren von einem mäßigen Anstieg der Effektivverdienste wie auch der tarifvertraglich geregelten Mindestlöhne begleitet. Insgesamt bleibt die Entwicklung der Effektivverdienste hinter den tarifvertraglichen Abschlüssen zurück. Während die Einkommen je Beschäftigungsverhältnis im abgelaufenen Jahrzehnt um durchschnittlich 2,2% pro Jahr stiegen, entwickelten sich die tarifvertraglich geregelten Mindestlöhne mit 2,5% pro Jahr um 0,3 Prozentpunkte stärker (vgl. Übersicht³). Eine Berücksichtigung der unterschiedlichen Arbeitsmarktintegration (Voll- versus Teilzeit) mittels hypothetischer Umrechnung der Beschäftigungsverhältnisse auf Vollzeitäquivalente (das geleistete Arbeitsvolumen wird in Vollzeitjobs umgerechnet) führte im Schnitt zu einer Zunahme der Effektivverdienste im abgelaufenen Jahrzehnt um 2,4% pro Jahr.

Der Vergleich der Stundenlohn- bzw. Gehaltseinkommen führt mit durchschnittlich 3,0% p.a. zu Zuwächsen, die über jenen bei den tariflichen Mindestlöhnen zu liegen kommen. Die

schwächere Entwicklung der tatsächlich ausbezahlten Verdienste gegenüber den tariflichen Abschlüssen ist stark durch den Rückgang der Arbeitszeit pro Beschäftigte zurückzuführen.

Übersicht³: Entwicklung der Effektivverdienste und der tarifvertraglich festgelegten Mindestlöhne im Vergleich

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Tariflohnindex Gesamtwirtschaft	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,4	+ 1,5	+ 2,0	+ 3,3	+ 2,6
Löhne je Beschäftigungsverhältnis	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,2	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,1
Löhne je Kopf	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,3	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,5	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,2
Löhne je Vollzeitäquivalent	+ 1,6	+ 0,9	+ 2,6	+ 4,1	+ 2,8	+ 3,4	+ 2,4	+ 1,1	+ 2,4	+ 2,5	¹⁾
Löhne je geleisteter Arbeitsstunde	+ 2,1	+ 1,1	+ 2,8	+ 4,6	+ 3,1	+ 4,0	+ 4,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 3,5	+ 3,6
Lohndrift	Veränderung der Effektivverdienste gegenüber den Tariflöhnen										
Löhne je Beschäftigungsverhältnis	- 0,6	- 0,3	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,1	- 1,7	- 0,6	- 0,2	- 0,9	- 0,4
Löhne je Kopf	- 0,6	- 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,4	- 1,7	- 0,5	- 0,1	- 0,8	- 0,4
Löhne je Vollzeitäquivalent	- 0,6	- 1,2	+ 0,4	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,3	- 1,0	- 0,4	+ 0,4	- 0,8	¹⁾
Löhne je geleisteter Arbeitsstunde	- 0,2	- 0,9	+ 0,5	+ 1,9	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,0	- 0,3	+ 0,2	+ 1,0

Q: Statistik Austria, VGR; WIFO-Berechnungen.- ¹⁾ Aufgrund der ESVG-Umstellung sind keine endgültigen Werte für 2013 vorhanden.

2.2. Entwicklung der ArbeitnehmerInneneinkommen

Unterschiedliche Lohnniveaus zeigen sich insbesondere zwischen ArbeiterInnen, Angestellten und BeamtInnen wie auch zwischen Frauen und Männern. In der Lohnsteuerstatistik sind die Einkommen dieser unselbstständig Beschäftigten umfassend enthalten. Hier lassen sich Vollzeitbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte getrennt betrachten. Die eingangs beschriebenen Arbeitzeiteffekte können bei der Betrachtung der Einkommensentwicklung auf der Grundlage der Vollzeitjobs ausgeblendet werden. Darüber hinaus ermöglicht die Untergliederung in Ganzjahres- und Nicht-Ganzjahresbeschäftigte einen getrennten Blick auf die Einkommensdynamik im stabilen und weniger stabilen Beschäftigungssegment. Gemäß Lohnsteuerstatistik Jahr 2012 waren 52% der Arbeiterinnen, 49% der angestellten und 21% der beamteten Frauen teilzeitbeschäftigt aber nur 14% der Männer (Arbeiter wie auch Angestellte) und 2% der beamteten Männer in Teilzeitjobs.

2.2.1. Einkommenshöhen nach sozialrechtlichem Status

Die höchsten Einkommen einschließlich Sonderzahlungen erzielen Vollzeitbeschäftigte. Und hier wiederum liegen die Einkommen der BeamtInnen mit rund 4.000 € Bruttomonatsbezug über jenen der Angestellten mit knapp 3.700 €, diese über jenen der ArbeiterInnen mit 2.200 €. Auch bei den Teilzeitjobs ist diese Reihenfolge gültig, wobei die Durchschnittseinkommen der Teilzeitbeschäftigten bei den ArbeiterInnen nur knapp ein Viertel der Vollzeitbeschäftigten er-

reichen, bei den Angestellten sind es ein knappes Drittel und bei den Beamteten fast zwei Drittel.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede ziehen sich – in unterschiedlichem Ausmaß - über alle drei Beschäftigungsgruppen: Vollzeitbeschäftigte Frauen erreichen nur 70% (ArbeiterInnen) bzw. 96% (BeamtInnen) der Einkommen ihrer Kollegen. Die größten Einkommensrückstände haben angestellte Frauen; sie erreichen bei Vollzeitbeschäftigung nur 63% der Gehälter von angestellten Männern. Der geringe Anteil teilzeitbeschäftigter Männer geht mit Bezügen einher, die geringer sind als jene der teilzeitbeschäftigten Frauen.

Die Einkommenszuwächse unterscheiden sich zwischen den Vollzeit-/Ganzjahresbeschäftigten und den Teilzeitbeschäftigten. Zwischen 2010 und 2012 konnten Vollzeitbeschäftigte Einkommenszuwächse im Ausmaß zwischen +5,3% (ArbeiterInnen) und 6% (Angestellte) realisieren, wobei die Zuwächse bei vollzeitbeschäftigten Frauen am deutlichsten ausgeprägt waren (vgl. Übersicht⁴). Für die große Gruppe der Teilzeitbeschäftigten entwickelten sich die Einkommen schwächer. Teilzeitbeschäftigte ArbeiterInnen hatten 2012 ein gegenüber 2010 3% höheres Einkommen, bei den angestellten (beamteten) Frauen waren es 6,2% (7%) mehr. Da sich die Qualifikationsstruktur bei den Frauen in der Vergangenheit kontinuierlich verbessert hat, zeigen sich hier auch stärkere Einkommenszuwächse gegenüber den Männern. Böheim *et al.* (2013A) zeigten darüber hinaus den verstärkten Trend von qualifizierten Frauen hin zu Teilzeitarbeit, der mit der genannten Einkommensentwicklung in Verbindung steht.

Übersicht⁴: Einkommensvergleich vollzeit- und teilzeitbeschäftigter unselbständig Erwerbstätiger, 2012

	ArbeiterInnen			Teilzeit	Angestellte			Teilzeit	BeamtInnen			Teilzeit
	ganz-jährig	unter-jährig	Insgesamt		ganz-jährig	unter-jährig	Insgesamt		ganz-jährig	unter-jährig	Insgesamt	
	Bruttomonatsbezüge inkl. Sonderzahlungen in €											
Männer	2.313	969	1.856	522	4.366	1.523	3.986	998	4.089	2.233	4.083	2.793
Frauen	1.621	584	1.167	572	2.765	885	2.433	1.128	3.929	2.257	3.926	2.443
insgesamt	2.171	861	1.696	555	3.723	1.215	3.342	1.103	4.031	2.240	4.027	2.476
	Frauenbezüge in % der Männerbezüge											
Frauen	70	60	63	110	63	58	61	113	96	101	96	87

Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen.

Übersicht⁵: Durchschnittseinkommen der Vollzeitbeschäftigten nach Sozialrechtsstatus, inkl. Sonderzahlungen, 2012

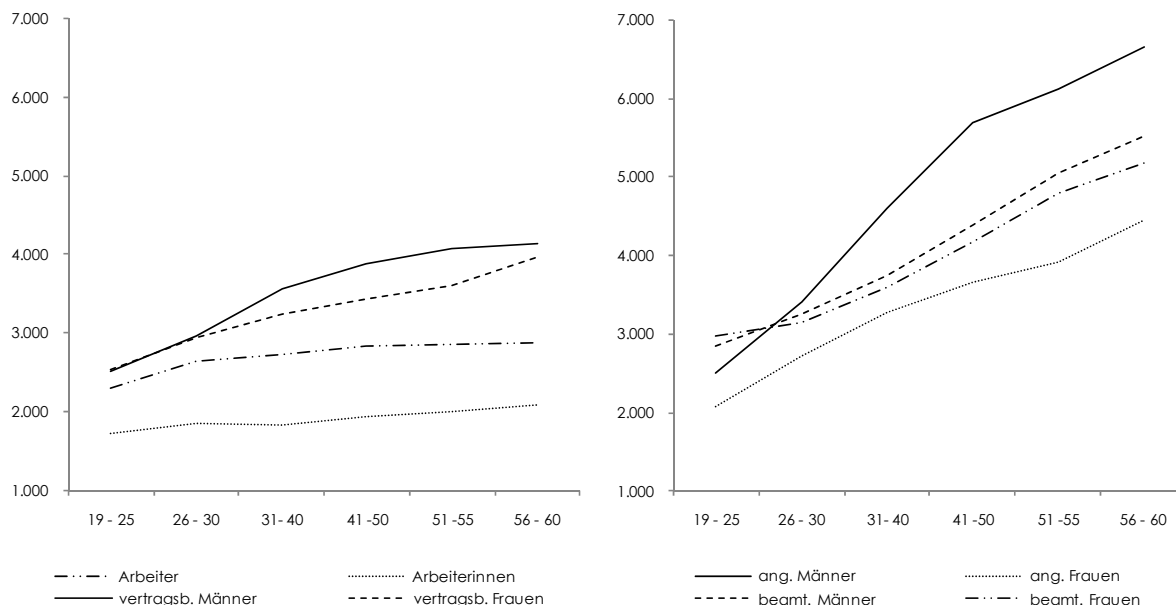
	2010			2012			2010/2012		
	Frauen	Männer	Ins- gesamt	Frauen	Männer	Ins- gesamt	Frauen	Männer	Ins- gesamt
	durchschnittlicher Monatsbezug in €						Veränderung in %		
ArbeiterInnen	1.536	2.208	2.062	1.621	2.313	2.171	+ 5,6	+ 4,8	+ 5,3
Angestellte	2.592	4.159	3.512	2.765	4.366	3.723	+ 6,7	+ 5,0	+ 6,0
BeamtInnen	3.728	3.935	3.861	3.929	4.089	4.031	+ 5,4	+ 3,9	+ 4,4
Aktivbeschäftigte, insgesamt	2.430	3.180	2.914	2.579	3.330	3.070	+ 6,1	+ 4,7	+ 5,3

Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen.

2.2.2. Einkommenshöhen nach Altersgruppen

Über den Lebenserwerbszyklus entwickeln sich die Einkommen höchst unterschiedlich. Männer haben einen tendenziell ansteigenden Einkommensverlauf. Für Vollzeitbeschäftigte, die ganzjährig beschäftigt sind, also in der Gruppe mit guter Arbeitsmarktintegration, liegen dennoch deutlich variierende Einkommensverläufe vor. Wir sehen eine ausgeprägte Senioritätsentlohnung bei den angestellten Männern wie auch bei den Beamten. Die Durchschnittseinkommen in der Altersgruppe der 56- bis 60-jährigen Angestellten liegen mit 6.630 € Bruttomonatsbezug (inklusive Sonderzahlungen) knapp doppelt so hoch wie in der Altersgruppe der 26- bis 30-jährigen angestellten Männern. In der Altersgruppe der 61- bis 65-jährigen Angestellten betragen die Einkommen sogar das 2,6-fache der genannten jüngeren Altersgruppe. Die Einkommen angestellter Frauen steigen ebenfalls mit zunehmendem Alter an. Weder die Einkommensdynamik noch das Einkommensniveau ähnelt jenem der angestellten Männer (vgl. Abbildung⁵). Bei beamteten Männern und Frauen steigen die Einkommen mit dem Lebensalter ebenfalls, die Einkommen in der Gruppe der 56- bis 60-Jährigen liegen hier um 69% (Männer) bzw. 64% (Frauen) höher als in der Gruppe der 26- bis 30-Jährigen. Bei den Vertragsbediensteten liegt das Einkommen der Älteren um 40% (Männer) bzw. 35% (Frauen) über jenem der 26- bis 30-Jährigen. Die Einkommenskurven der Arbeiter und Arbeiterinnen verlaufen hingegen flach.

Abbildung 5: Durchschnittseinkommen (brutto) Vollzeitbeschäftigter nach Alter, Geschlecht und sozialrechtlicher Stellung, 2012¹⁾



Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen.- ¹⁾Jahresbezüge dividiert durch 12 Monate.

Obwohl Arbeiter und angestellte Männer in der Altersgruppe 19 bis 25 Jahre noch annähernd gleich hohe Einkommen haben, sie liegen bei Angestellten mit 2.500 € um knapp 9% höher als bei Arbeitern mit 2.300 €, entwickeln sie sich schon ab der Altersgruppe der 26- bis 30-Jährigen deutlich auseinander. Bei den berufseinsteigenden Frauen ist der Einkommensunterschied zwischen Arbeiterinnen und angestellten Frauen deutlich höher als bei den Männern, die Zuwächse bei den vollzeit- und ganzjahresbeschäftigten Arbeiterinnen über das Erwerbsleben sind de facto nicht vorhanden: 56- bis 60-jährige Arbeiterinnen beziehen mit 2.080 EUR um knapp 13% mehr als 26- bis 30-jährige Arbeiterinnen.

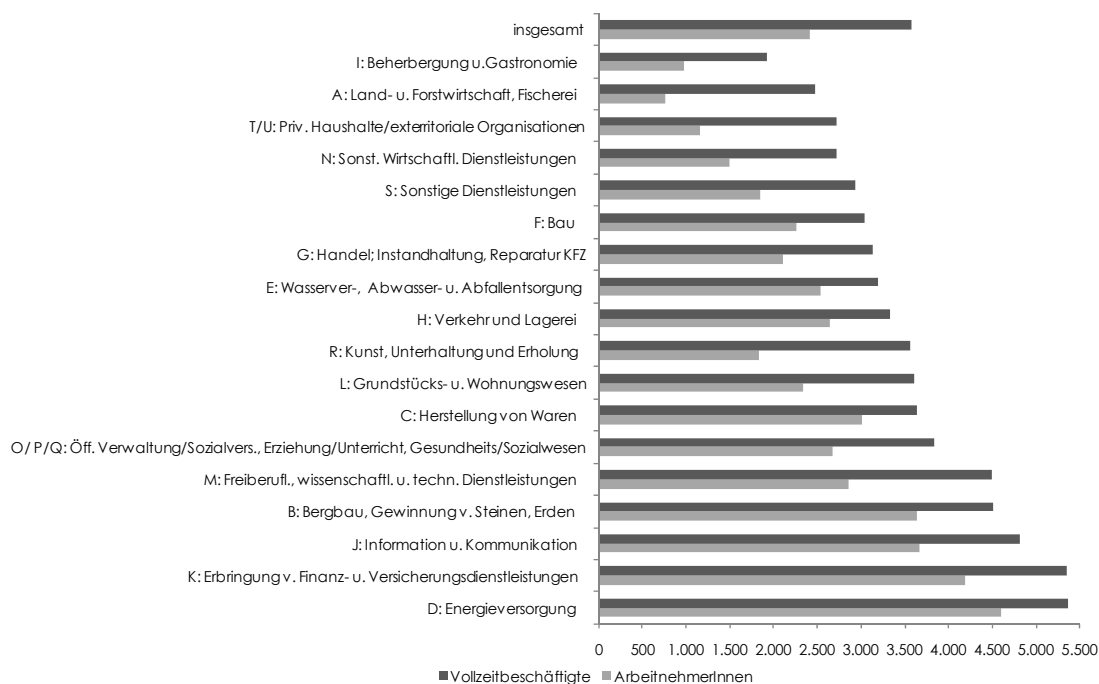
Senioritätentlohnung ist vor allem bei Angestellten und BeamtenInnen vorhanden, und hier stärker bei den angestellten Männern als bei den angestellten Frauen. Heywood et al. (2010) und Zwick (2011) zeigen für Deutschland, dass vorwiegend große, profitable Unternehmen ihre ArbeitnehmerInnen nach dem Prinzip der Seniorität entlohnen. Für Österreich konnten diese Befunde noch nicht bestätigt werden.

2.2.3. Einkommenshöhen nach Wirtschaftsklassen

Die intersektoralen Lohnunterschiede sind in Österreich stark ausgeprägt und über die Zeit auch relativ konstant. Dies zeigen sowohl Einkommensdaten der Lohnsteuerstatistik insgesamt als auch der Blick auf ausschließlich ganzjährig Vollzeitbeschäftigte. Werden alle unselbstständig Beschäftigten gemäß Lohnsteuerstatistik herangezogen, liegt der größte Unterschied der durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen 2012 zwischen den Wirtschaftsbereichen

(ÖNACE 2008) Land- und Forstwirtschaft, Fischerei mit 770 € und der Energieversorgung mit Bruttobezügen von 5.360 €. Die hohe Bedeutung der Saisonbeschäftigung führen im erstgenannten Bereich zu diesen geringen Einkommen. Auf der Grundlage der ausschließlich Vollzeitbeschäftigten, die auch ganzjährig arbeiten, gibt es die größten Einkommensabstände zwischen den Beschäftigten in der Beherbergung und Gastronomie mit Monatseinkommen von 1.920 € und den Beschäftigten in der Energieversorgung mit Durchschnittsbezügen von 5.360 €; das gesamtwirtschaftliche Durchschnittseinkommen der Vollzeitbeschäftigten liegt bei 3.580 €. Die Vollzeiteinkommen im Tourismus liegen gemäß Lohnsteuerstatistik deutlich unter dem Durchschnitt aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten (vgl. Abbildung⁶).

Abbildung⁶: Branchenspezifische monatliche Durchschnittseinkommen: Vergleich aller ArbeitnehmerInnen mit den Vollzeitbeschäftigten, brutto 2012



Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, ÖNACE 2008; WIFO-Berechnungen.

2.2.4. Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern

Österreich hat sowohl große Unterschiede in der Arbeitsmarktpartizipation der Frauen und Männer als auch hohe geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede. Die Europäische Kommission konstatiert den hohen geschlechtsspezifischen Lohnunterschied (Gender-Pay-Gap) in Österreich als einen der höchsten in der Gemeinschaft (Europäische Kommission, 2013). Dieser Einkommensrückstand zieht sich auch in das Alterssicherungssystem hinein (European Commission, 2013) mit der überdurchschnittlich hohen Armutsgefährdungsquote al-

leinstehender Pensionistinnen. Verantwortlich für die Einkommensunterschiede sind die Unterschiede in der formalen Ausbildung, obwohl hier der Rückstand bei den jungen Erwerbstätigen bereits verschwunden ist. Aber auch die hohe Teilzeitquote der Frauen, sie liegt mit knapp 46% der unselbstständig Beschäftigten deutlich über dem EU-27 Durchschnitt von 33%, geht mit niedrigen Einkommen einher. Eine neue Analyse zeigt sowohl innerhalb der Gruppe der Frauen als auch innerhalb der Gruppe der Männer geringe Unterschiede zwischen den Bruttostundenlöhnen von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten in Österreich (Böheim et al., 2013A).

Der relativ große Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Bruttostundenlohn von Voll- und Teilzeitbeschäftigten in Österreich insgesamt ist auf den Umstand zurückzuführen, dass vorwiegend Frauen teilzeitbeschäftigt sind und Frauen unabhängig von ihrem bezahlten Arbeitsstundenausmaß im Durchschnitt deutlich niedrigere Stundenlöhne als Männer erhalten. Hauptverantwortlich ist hier die Tatsache, dass Frauen weniger häufig in hoch bezahlten Führungspositionen tätig sind (vertikale Segregation). Frauen sind darüber hinaus stärker als Männer in bestimmten Branchen mit geringen Einkommensniveaus konzentriert (horizontale Segregation): das ist der Handel, die öffentliche Verwaltung und das Gesundheits- und Sozialwesen. Hier haben mehr als die Hälfte der Frauen ihren Arbeitsplatz, bei den Männern sind es 28%. Das verarbeitende Gewerbe – die Einkommen liegen deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt – ist für 22% der Männer und nur für 10% der Frauen Arbeitgeber. Böheim et al. (2013A) bestätigen in ihren ökonometrischen Analysen auf der Grundlage von EU-SILC 2005-2011 die geschlechtsspezifische horizontale Arbeitsmarktsegregation als eine wesentliche Ursache für die Einkommensunterschiede.

Die Einkommensnachteile der Frauen in den Wirtschaftsklassen haben sich in der jüngeren Vergangenheit kaum verbessert. Einzig im Bereich des Grundstücks- und Wohnungswesens konnte der Einkommensnachteil deutlich verringert werden, hier liegt das Einkommensniveau unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Generell sind in Branchen mit unterdurchschnittlichen Einkommen die geschlechtsspezifischen Unterschiede gering, in Hochlohnbranchen (Energie, Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen) hingegen groß. Eine Tätigkeit in typischen Frauenberufen wirkt sich sowohl für Frauen als auch für Männer negativ auf ihre Verdienste aus (Böheim et al., 2013B, Busch, 2013) und bedeutet jeweils einen geringen Gender-Pay-Gap bei insgesamt geringen Einkommensniveaus.

Im Schnitt ist eine langsame Angleichung der Frauen(vollzeit)einkommen an jene der Männer beobachtbar (vgl. Übersicht⁶).

Zwischen 2005⁵⁾ und 2012 reduzierte sich der arbeitszeitbereinigte Einkommensrückstand der Frauen um 1,2 Prozentpunkte. Während in den 80er und 90er Jahren die Vollzeitentgelte der Frauen sich schnell an die Männereinkommen angenähert haben, ist seit 2005 eine Verlangsamung beim Einkommensangleich zu beobachten.

⁵⁾ 2004 wurde die Arbeitszeiterhebung in der Arbeitskräfteerhebung umgestellt, zwischen 2003 und 2004 gibt es einen Zeitreihenbruch.

Die nicht-arbeitszeitbereinigten Einkommensrückstände der Frauen liegen im untersten Einkommensviertel deutlich höher als im oberen Einkommensviertel. Arbeiterinnen erreichen hier im Schnitt 55,5% der Männereinkommen, bei den Angestellten sind es 58,2%. Im dritten Einkommensquartil betragen Fraueneinkommen im Schnitt 64,5% (Arbeiterinnen) bzw. 62,0% (Angestellte) der Männereinkommen. Zwischen 2005 und 2012 reduzierte sich der Einkommensrückstand der Frauen im 1. Quartil etwas stärker als im 3. Quartil, wobei dies eher durch das schwache Einkommenswachstum der Männer befördert wurde. Im genannten Zeitraum stiegen im unteren Einkommensviertel die Verdienste der Arbeiter um 10,5% und der Arbeiterinnen um 14,4%, im 3. Quartil waren die Zunahmen bei den Männern stärker und daher die Reduktion der Einkommensabstände weniger stark ausgeprägt.

*Übersicht*6: Entwicklung der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede zwischen 1980 und 2012*

	1980	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2005/ 2012 In Prozent- punkten
	Einkommen der Frauen in % des Einkommens der Männer										
Obergrenze des 1. Quartils											
Erwerbstätige	61,8	64,6	63,9	60,9	60,4	60,5	61,1	61,9	62,4	62,6	- 2,3
ArbeiterInnen	57,7	60,6	58,2	54,0	53,6	54,1	54,2	55,0	55,2	55,5	- 1,9
Angestellte	62,3	61,3	61,1	58,7	56,8	56,5	56,9	57,7	58,1	58,2	- 1,5
Median											
Erwerbstätige	64,9	67,8	68,8	67,0	67,1	66,7	67,1	67,3	67,5	67,7	- 0,6
Arbeitszeitstandardisiert ¹⁾	71,2	76,5	80,6	81,2	86,2	86,1	85,6	86,9	87,5	87,4	- 1,2
ArbeiterInnen	61,5	64,5	64,5	61,9	61,5	61,2	61,2	61,5	61,4	61,2	+ 0,3
Angestellte	59,8	60,3	61,1	59,9	58,9	58,4	59,1	59,3	59,3	59,5	- 0,6
Obergrenze des 3. Quartils											
Erwerbstätige	65,2	68,3	70,2	69,1	69,3	68,9	69,9	70,1	70	70,2	- 0,9
ArbeiterInnen	62,3	65,3	65,9	64,7	65,1	64,6	64,8	64,9	64,8	64,5	+ 0,6
Angestellte	62,1	64,6	64,7	62,3	61,0	61,3	61,7	61,5	61,4	62,0	- 1,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistisches Handbuch; Statistik Austria, Mikrozensus; WIFO-Berechnungen.- ¹⁾ Bereinigt um die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit gemäß Mikrozensus; Datenbruch im Jahr 2004.

2.3. Verteilung der ArbeitnehmerInneneinkommen

Veränderungen in der Einkommensverteilung der unselbstständig Beschäftigten sind durch einen „Mengeneffekt“ (Beschäftigungseffekt) und einen „Preiseffekt“ (Löhne bzw. Lohnverteilungseffekt) getragen. Zum einen hat die Veränderung des Anteils der Personen, die erwerbstätig oder inaktiv sind, und zum anderen das Einkommensgefälle der Erwerbstätigen Einfluss

auf die Verteilungslage (Atkinson – Brandolini, 2006). Diese beiden Entwicklungen müssten bei der Beurteilung der Verteilung über die Zeit jeweils getrennt beachtet werden. Vor allem die Zunahme der Frauenbeschäftigung (und vice versa die Abnahme der erwerbsinaktiven Frauen) verändert die Einkommensverteilung und erschwert den zeitlichen Vergleich von Verteilungsergebnissen.

Die Beschäftigungs- und Einkommensveränderungen berücksichtigte die OECD (2011) simultan. Für den Zeitraum 1994 bis 2004 zeigte die OECD eine Reduktion der Ungleichheit der gesamten österreichischen Bevölkerung im Erwerbsalter von knapp 4%. Die Verteilung der Einkommen trug zu dieser Reduktion nichts bei, die gesamte Verbesserung ist gemäß OECD auf die Zunahme der Beschäftigung zurück zu führen (ebenda). Für Österreich wurde berechnet, dass die Beschäftigungsquote um 1,03 Prozentpunkte steigen muss, um die Ungleichheit der Erwerbseinkommen in der Erwerbsbevölkerung um einen Prozentpunkt kompensieren zu können (OECD, 2011). Die OECD-Arbeit schlussfolgert, dass Veränderungen in der Lohnstruktur im Zuge der Globalisierung durch eine steigende Beschäftigungsquote gedämpft werden können. Arbeiten auf der Grundlage jüngerer Entwicklungen bzw. längerer Beobachtungszeiträume sehen dennoch die Einkommenszuwächse der obersten Einkommensgruppen maßgeblich für die zunehmende Verteilungsschiefe verantwortlich (Bach et al., 2009, Altzinger et al., 2012, Atkinson et al., 2011, Atkinson, 2013).

2.3.1. Verteilung der Bruttoeinkommen in Österreich

Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten gemäß Lohnsteuerstatistik stieg in den vergangenen Jahren relativ kontinuierlich an. Zwischen 2006 und 2012 erhöhten sich die Lohnsteuerfälle um knapp 10%. Insgesamt lag 2012 die Zahl der ArbeitnehmerInnen gemäß Lohnsteuerstatistik bei 4,2 Mio. (einschließlich geringfügig Beschäftigter und 133.000 Lehrlinge).

Im Jahr 2012 waren 73,6% der in der Lohnsteuerstatistik erfassten ArbeitnehmerInnen Ganzjahresbeschäftigte und 26,4% unterjährig Beschäftigte (vgl. Übersicht⁷).

Werden kontinuierliche Vollzeitjobs als Standardbeschäftigungsverhältnisse definiert, dann entsprachen 53,5% (Männer 35% und Frauen 18,5%) der insgesamt 4,2 Mio. Jobs dieser Beschäftigungsform. Das Arbeitsausmaß variiert allerdings auch bei diesen Vollzeitjobs: Im Schnitt liegt die tatsächliche Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten um 3 Stunden über den kollektivvertraglichen Regelungen (Famira-Mühlberger – Fuchs, 2013). Gemäß vergleichbarer Daten haben die unselbstständig Beschäftigten in Österreich mit 16% die höchste Betroffenheit von bezahlten Überstunden. Die Einkommen der in der Lohnsteuerstatistik erfassten Vollzeitbeschäftigten ist maßgeblich von einer hohen Überstundenleistung gekennzeichnet.

Ganzjährige Teilzeitjobs hatten 18,9% der ArbeitnehmerInnen (3,3% Männer und 15,6% Frauen). Von den Beschäftigungsverhältnissen, die weniger als ein Jahr dauerten, waren 15,7% Vollzeit- und 9,7% Teilzeitarbeitsplätze. Von den ganzjahresbeschäftigten Männern üben 8,4% eine Teilzeitarbeit aus, bei den unterjährig beschäftigten Männern sind es 24,8%. Während bei den ganzjahresbeschäftigten Frauen Vollzeitarbeit zu 53,3% ausgeübt wird, ist die Mehrheit der unterjährig beschäftigten Frauen teilzeitbeschäftigt. Von den lohnsteuerpflichtigen Bezügen im Ausmaß von 122,5 Mrd. € gehen 8,6% an Personen mit nicht ganzjährigen Bezügen, das sind 26,4% der ArbeitnehmerInnen.

*Übersicht*7:°ArbeitnehmerInnen nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigungen und nach Bezugsdauer, 2012*

	insgesamt Fälle	davon Ganzjahresbeschäftigte		unterjährig Beschäftigte			
		in %	davon Vollzeit	davon Teilzeit	in %	davon Vollzeit	davon Teilzeit
			in % Ganzjahresbeschäftigte.1)			in % Teilzeitbeschäftigte.1)	
ArbeitnehmerInnen	4.228.080	73,6	72,7	25,7	26,4	59,6	36,9
Männer	2.247.102	73,0	90,1	8,4	27,0	71,4	24,8
Frauen	1.980.978	74,2	53,3	44,9	25,8	45,7	51,2
			in % der ArbeitnehmerInnen insgesamt				
ArbeitnehmerInnen	100,0	73,6	53,5	18,9	26,4	15,7	9,7
Männer	53,1	38,8	35,0	3,3	14,3	10,2	3,6
Frauen	46,9	34,8	18,5	15,6	12,1	5,5	6,2

Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik, ÖNACE 2008; WIFO-Berechnungen.- 1) nicht alle Beschäftigungsverhältnisse können Vollzeit/Teilzeit zugerechnet werden, „unbekannt“ ist in der Übersicht nicht extra angeführt.

Von den 2012 erfassten ArbeitnehmerInnen (ohne Lehrlinge) lag bei knapp einem Viertel, das sind 958.000 Personen, das Jahresbruttoeinkommen unter 10.000 € und war damit unter der Steuergrenze. Hier finden sich vor allem Personen, die unterjährig, geringfügig oder Teilzeit beschäftigt sind, wieder. In dieser Gruppe sind 58% Frauen und 42% Männer. Die Hälfte der Frauen hatte Jahreseinkommen von unter 18.000 €, während die Hälfte der Männer Bruttojahreseinkommen von unter 30.000 € hatte. Je höher die Einkommensgruppen, desto geringer ist der Frauenanteil: In der Einkommensgruppe zwischen 50.000 und 100.000 € beträgt der Frauenanteil 27%, in der obersten erfassten Einkommensgruppe (mehr als 200.000 € Bruttojahreseinkommen) sind nur mehr 9% Frauen.

Die Verteilung aller Bruttoeinkommen, unabhängig davon ob sie ganz- oder unterjährig waren, findet sich entlang der Quintile in der Tabelle „Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen nach Quintilen“. Würde jedes Fünftel der Beschäftigten auch ein Fünftel des Jahreseinkommens beziehen, läge eine Einkommensgleichverteilung vor, die es real in keinem Land gibt. Im untersten Quintil sind die erwähnten unterjährigen, geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse mit einem sehr geringen Anteil am gesamten Bruttoeinkommen ausgewiesen. Die Entwicklungen über die Zeit sind in diesem Quintil geprägt von der Zunahme der aty-

pischen Beschäftigungsformen⁴⁾). Die Grenze des 2. Quintils liegt bei 10.000 € Bruttojahresbezug. Der Einkommensanteil reduzierte sich hier seit 2000 um mehr als einen Prozentpunkt, im Jahr 2012 bezog dieses Quintil 9,0% des Gesamteinkommens. Auch im dritten Quintil reduzierte sich seit 2000 der Einkommensanteil um 0,6 Prozentpunkte. Im obersten Quintil - hier liegt die Quintilsgrenze bei 49.000 € Jahreseinkommen - stieg der Einkommensanteil um fast 2 Prozentpunkte auf 47,6% an.

Übersicht⁸:⁹Verteilung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen nach Quintilen¹⁾

Anteile in %

	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
1. Quintil	2,9	2,5	2,2	2,2	2,2	2,1	2,0	2,0	1,9	1,9
2. Quintil	10,9	10,2	9,5	9,5	9,4	9,4	9,2	9,2	9,1	9,0
3. Quintil	17,7	17,4	17,2	17,1	17,0	17,0	16,9	16,8	16,9	16,8
4. Quintil	24,1	24,2	24,5	24,5	24,4	24,4	24,5	24,6	24,6	24,6
5. Quintil	44,4	45,7	46,5	46,7	46,9	47,1	47,4	47,4	47,5	47,6

Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen.- ¹⁾ Quintilsgrenzen für 2012 (Bruttojahresbezüge): 1. Quintil: 1.904 €, 2. Quintil: 10.011 €, 3. Quintil: 10.437 €, 4. Quintil: 29.014 €, 5. Quintil: 49.246 €, Durchschnittsjahreseinkommen: 20.123 €.

Die Bruttoeinkommen der Vollzeit- und Ganzjahresbeschäftigten verteilen sich über fünf gleichgroße Personengruppen etwas homogener (vgl. Übersicht⁹).

Es zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern, die nicht mit einer unterschiedlichen Arbeitszeit erklärbar sind. Allerdings leisten Männer im Schnitt 2,5 und Frauen 1,4 Überstunden pro Woche und begründet einen geschlechtsspezifischen Arbeitszeit bei Vollzeitbeschäftigte. Von den Personen im untersten Quintil sind 48% Männer und 52% Frauen, während im obersten Quintil der Frauenanteil nur mehr bei 31% liegt. Der Einkommensanteil der Männer beträgt im obersten Quintil 44,4% aller Bruttoeinkommen, die an Männer gehen und liegt um 16,3 Prozentpunkte über dem entsprechenden Anteil der Frauen in der Höhe von 28,1%.

⁴⁾ Im Jahr 1995 wurde die Möglichkeit der geringfügigen Beschäftigung eingeführt und es sind im gleichen Jahr 136.500 dieser Beschäftigungsverhältnisse registriert worden.

Übersicht⁹: Verteilung der Einkommen Vollzeit- und Ganzjahresbeschäftigter, 2012

	Quintilgrenze	Insgesamt	Männer	Frauen	Personenanteil im Quintil	
		Einkommensanteile in %			Männer	Frauen
1. Quintil	24.845	8,2	5,4	15,1	47,9	52,1
2. Quintil	32.290	13,4	11,9	17,0	46,4	53,6
3. Quintil	40.653	16,8	16,5	17,6	59,8	40,2
4. Quintil	55.696	22,0	21,8	22,3	65,7	34,3
5. Quintil	¹⁾	39,6	44,4	28,1	68,8	31,2
Summe		100,0	100,0	100,0	70,3	29,7

Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen.- ¹⁾ Letzte Lohnstufe ab 200.000 € ist nach oben hin offen, es kann keine Grenze gerechnet werden.

Die geringere Einkommensspreizung bei den Vollzeitbeschäftigten wird auch mit dem Verteilungsmaß des Gini-Koeffizienten belegt (vgl. Übersicht¹⁰). Der Koeffizient kann Werte zwischen 0 (Gleichverteilung) und 1 (eine Person bezieht das gesamte Einkommen) annehmen. Werden alle Lohnsteuerpflichtigen in der Berechnung der Ungleichheit berücksichtigt lag der Gini-Koeffizient für 2012 bei 0,456, bei den Vollzeitbeschäftigten bei 0,333. Die Einkommensverteilung der Vollzeitbeschäftigten ist um ein Drittel weniger ungleich als bei allen Aktivbeschäftigten 2012. Allerdings hat sich in beiden Gruppen die Ungleichheit vergrößert. Gegenüber 2008, dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise, stieg die ungleiche Einkommensverteilung in beiden Gruppen um 1,7% an. Ist die Zunahme der Einkommensungleichheit gemäß Gini-Koeffizient aller ArbeitnehmerInnen durch die Zunahme der Teilzeitjobs, der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse etc. geprägt, zeigt sich auch bei den Männern mit ganzjährigen Bezügen ein Anstieg der Ungleichheit: Zwischen 2000 und 2012 stieg die Einkommensungleichheit aller ArbeitnehmerInnen um 5,3%, jene der ganzjahresbeschäftigten Männer um 4,1%.

Übersicht¹⁰: Verteilungsmaß Gini-Koeffizient zwischen 1995 und 2012

	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2008/ 2012	2000/ 2012
												Veränderung in %
Arbeitnehmer- Innen insgesamt	0,410	0,433	0,441	0,443	0,446	0,448	0,451	0,452	0,454	0,456	+ 1,8	+ 5,3
Männer mit ganz- jährigen Bezügen	0,302	0,320	0,316	0,319	0,323	0,327	0,331	0,332	0,331	0,333	+ 1,8	+ 4,1

Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen.

2.3.2. Verteilung der Nettoeinkommen in Österreich

Für Einkünfte über der Geringfügigkeitsgrenze fallen Sozialversicherungsabgaben für das gesamte Einkommen bis zur Höchstbeitragsgrundlage an. Der Sozialversicherungsbeitragssatz

der ArbeitnehmerInnen beträgt prinzipiell⁷⁾ 17,62% (jener der ArbeitgeberInnen 22,8%). Die Sozialversicherungsabgaben lagen 2013 für ArbeitnehmerInnen an der Höchstbeitragsgrundlage bei 782,3 €. Bei einem Bruttoeinkommen von 3.000 € erreichen Sozialversicherungsbeiträge als auch Lohnsteuer jeweils die Absolutbeträge von rund 550 €. An der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage (2014) von 4.530 € fallen rund 818 € (18%) Sozialversicherungsabgaben und rund 1.093 € (24%) Lohnsteuer an. Für Einkommen zwischen 3.000 € und der Höchstbeitragsgrundlage reduziert die Lohnsteuer das individuelle Einkommen relativ stärker als die Sozialversicherungsabgaben, für Einkommen unter 3.000 € geht eine relativ stärkere Belastung von den Sozialversicherungsabgaben aus.

Die Ausgestaltung der Lohnsteuer mit der Steuerfreigrenze bis 11.000 € Jahreseinkommen und der progressive Tarif sollte zu einer stärkeren Veränderung der Nettoeinkommen im höheren Einkommensbereich gegenüber den Niedrigeinkommen führen. Die Verteilung der Nettoeinkommen (vgl. Übersicht⁹11) ist gegenüber den Bruttoeinkommen weniger schief: Die unteren drei Quintile verbessern ihren Einkommensanteil von 27,8% brutto auf 31,2% netto. Das oberste Quintil bezieht 47,6% der Brutto- und 43,7% der Nettoeinkommen, die Reduktion des Einkommensanteils netto beträgt 3,9 Prozentpunkte. Bei den obersten fünf und beim obersten Prozent der Einkommensbeziehenden werden die Nettoeinkommensanteile weniger stark reduziert als im gesamten obersten Quintil.

Übersicht⁹11: Höhe und Entwicklung der Brutto- und Nettoeinkünfte, 1995 bis 2012

	Verteilung der Bruttoeinkünfte				Verteilung der Nettoeinkünfte			
	1995	2005	2010	2012	1995	2005	2010	2012
	Anteile in %				Anteile in %			
1. Quintil	2,9	2,2	2,0	1,9	3,4	2,8	2,6	2,4
2. Quintil	10,9	9,5	9,2	9,0	12,1	11,0	10,7	10,6
3. Quintil	17,7	17,2	16,8	16,8	18,2	18,5	18,3	18,2
4. Quintil	24,1	24,5	24,6	24,6	24,2	24,7	24,8	25,0
5. Quintil	44,4	46,5	47,4	47,6	42,1	43,0	43,7	43,7
Oberste 5%	17,7	18,8	19,2	19,4	16,7	16,9	17,3	17,5
Oberste 1%	5,9	6,5	6,7	6,8	4,0	5,7	5,9	6,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Q: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik; WIFO-Berechnungen.

2.4. Die Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Österreich

Die Zunahme des Anteils atypisch Beschäftigter (Teilzeitbeschäftigung, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung etc.) an der Beschäftigungsstruktur in Österreich ist mitverantwortlich für die

⁷⁾ Für Einkommen unter 1.497 € pro Monat (Wert für 2013) verringert sich der ArbeitnehmerInnenbeitragsatz zur Arbeitslosenversicherung auf bis zu 0%.

steigende Einkommensungleichheit, ebenso wie die sektoralen Verschiebungen hin zu einem deutlichen Anstieg der Beschäftigungsanteile im Dienstleistungsbereich. Diese markanten Veränderungen der Beschäftigungsstruktur schlagen auch auf die Einkommensentwicklung durch, da die steigende Bedeutung von atypischen Beschäftigungen (insbesondere Teilzeitbeschäftigung) auch mit geringeren durchschnittlichen Einkommen verbunden ist. Insbesondere für Frauen zeigen längerfristige Analysen, dass Erwerbskarrieren häufig von Phasen der Niedriglohnbeschäftigung gekennzeichnet sind (vgl. *Eppel – Horvath – Mahringer, 2013*). Im vorliegenden Abschnitt ist die Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung zwischen 2000 und 2012 dargestellt, da in diesem Zeitraum eine Zunahme des Anteils von Niedriglöhnen trotz Vollzeitbeschäftigung vorhanden ist. Zudem belegen empirische Untersuchungen, dass Niedriglohnbeschäftigung eine hohe Persistenz aufweist (vgl. *Eppel – Horvath – Mahringer, 2013*). Niedriglohnbeschäftigung bedeutet für die Betroffene - im Gegensatz zu Teilzeitbeschäftigung - dass sie durch eine Ausweitung ihrer Arbeitszeit die Einkommenssituation nicht verbessern können.

2.4.1. Ermittlung von Niedriglöhnen

Niedriglöhne beziehen sich auf die Entlohnung je Zeiteinheit. Für eine Abgrenzung wurden mit Hilfe ökonometrischer Methoden Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse im Versicherungsdatensatz voneinander isoliert⁸⁾ und für die Analysen ausschließlich die Vollzeitbeschäftigung herangezogen. Das Imputationsverfahren⁹⁾ wurde im Rahmen früherer Studien des WIFO erarbeitet und für die vorliegende Arbeit erweitert (vgl. *Lutz – Mahringer, 2010, Eppel – Horvath – Mahringer, 2013*).

Der Fokus der folgenden Beschreibung der Entwicklung von Niedriglohnbeschäftigung in Österreich liegt auf jenen Beschäftigungsverhältnissen, die im Rahmen des Imputationsverfahrens als Vollzeitbeschäftigungen (ab 36 Stunden pro Woche) unselbstständig Erwerbstätiger identifiziert wurden. Die Analysen konzentrieren sich dabei auf die Altersgruppe zwischen 25 und 54 Jahren. Durch die Altersabgrenzung wurden auf der einen Seite hauptsächlich Lehr-

⁸⁾ Für die Ermittlung der Vollzeitarbeitsplätze nutzten Lutz – Mahringer (2010) das Wissen, dass Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigungen nicht zufällig über die Personen und Arbeitsbereiche verteilt sind: Auf Basis der Mikrozensus von zehn Jahren und der darin enthaltenen Informationen über die Arbeitszeit und sonstige Merkmale zu den Personen und Tätigkeiten, wurde für die Personen mittels Probit-Schätzung die Wahrscheinlichkeit ermittelt, entweder einer Vollzeit- oder einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen.

⁹⁾ Beim Imputationsverfahren wird für jedes Beschäftigungsverhältnis die Wahrscheinlichkeit einer Vollzeitbeschäftigung mittels Probit-Schätzung ermittelt. Als erklärende Faktoren gehen in die Schätzung ein: das Alter (das quadratische Alter und Alter in höherer Ordnung), der sozialrechtliche Status (Arbeiterin und Arbeiter, Angestellte, Beamte bzw. Beamtin), die höchste abgeschlossene Ausbildung (das Ergebnis der oben skizzierten Ausbildungsimputation), die Staatsangehörigkeit (Türkei, Ex-Jugoslawien, sonstiges Ausland, Österreich), das Bundesland und die Wirtschaftsklasse (die Wirtschaftsbereiche wurden in 38 verschiedene Branchen differenziert). Bei Frauen finden als zusätzliche Informationen Eingang: die Zahl der Kinder, das Alter des jüngsten Kindes, die Kinderzahl in Verbindung mit der höchsten abgeschlossenen Ausbildung bzw. mit dem Bundesland, sowie das Alter des jüngsten Kindes in Kombination mit der höchsten abgeschlossenen Ausbildung bzw. mit dem Bundesland. Die Randverteilungen ergeben sich aus den (gewichteten) Mikrozensus-Jahresdurchschnittsdaten der einzelnen Jahre. Diese bilden die Basis für die Klassifizierung aller aufrechten Beschäftigungsverhältnisse der Beobachtungsjahre 2000-2012. Für Details siehe *Eppel – Horvath – Mahringer (2013)*.

linge wie auch Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger und auf der anderen Seite die Kohorte mit pensionsbedingten Erwerbsaustritten ausgeschlossen. Zusätzlich wurden öffentlich Bedienstete aus der Beobachtung ausgeschlossen, da für diese keine vollständigen Einkommensinformationen in den Sozialversicherungsdaten vorhanden sind.

2.4.2. Definition der Niedriglohnschwelle und Niedriglohnanteile

Zur Definition von Niedriglohnbeschäftigungen wird im Folgenden keine absolute Grenze sondern ein relatives Maß genutzt. Dabei wird eine in der Literatur häufig angewandte Definition der Niedriglohnschwelle verwendet. Sie wird mit 2/3 des Einkommens-Medians unselbstständiger Vollzeitbeschäftigung der 18 bis 59 Jahre alten unselbstständig Beschäftigten zu einem jährlichen Stichtag¹⁰⁾ festgelegt (vgl. *Lutz – Mahringer, 2010*)¹¹⁾. Der Einkommensmedian wird dabei als Brutto-Monatslohn inklusive anteiliger Sonderzahlungen definiert.

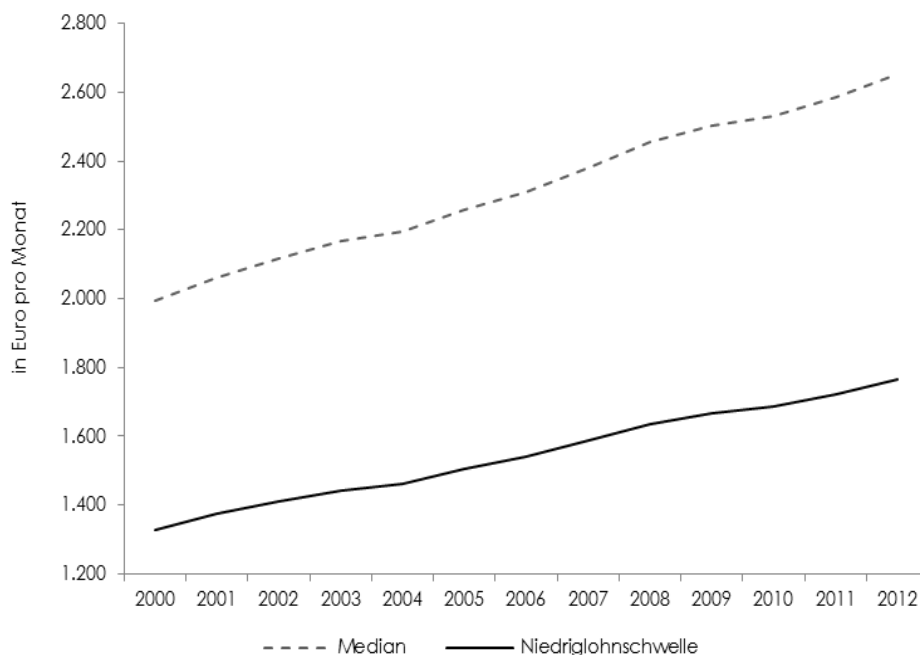
Je nach Definition, Datengrundlage und betrachteter Personengruppe können die Ergebnisse zur Niedriglohnbeschäftigung im Niveau deutlich variieren, bei den grundlegenden Tendenzen hinsichtlich der Entwicklung und der besonderen Betroffenheit bestimmter Gruppen besteht jedoch in unterschiedlichen Untersuchungen generell Übereinstimmung (Geisberger – Knittler, 2010).

2.4.3. Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Österreich

Abbildung⁹7 zeigt die Entwicklung des Einkommensmedians der unselbstständig Vollzeitbeschäftigten in den Jahren 2000 bis 2012 gemeinsam mit der entsprechenden Niedriglohnschwelle. Der Einkommensmedian steigt im Zeitverlauf von knapp unter 2.000 € im Jahr 2000 auf etwas über 2.600 € brutto pro Monat (inklusive anteiliger Sonderzahlungen) im Jahr 2012. Die entsprechende Niedriglohnschwelle steigt damit von knapp 1.300 € auf etwas über 1.700 € im Jahr 2012.

¹⁰⁾ Als Stichtag wird der 7. September eines Jahres gewählt, um eine möglichst repräsentative Abbildung der durchschnittlichen Beschäftigungsstruktur eines Jahres zu erreichen. Lutz und Mahringer (2010) wählen hingegen den 1. November.

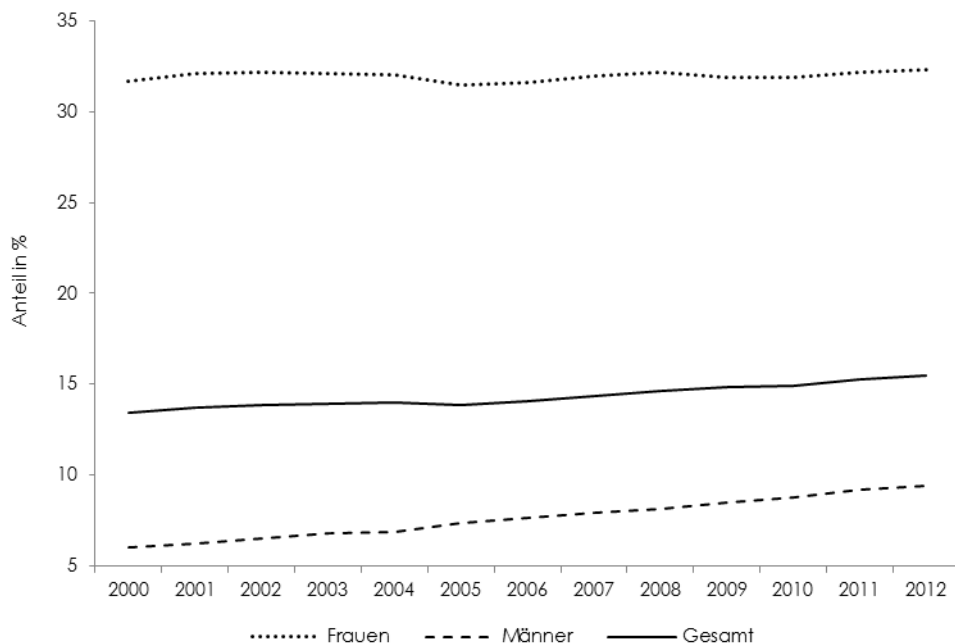
¹¹⁾ Als Lohninformation wird die Beitragsgrundlage unselbstständig Vollzeit-Beschäftigter zur Sozialversicherung inklusive Sonderzahlungen verwendet. Plausible Untergrenzen der Lohnhöhen werden an den niedrigsten Kollektivverträgen bemessen. Die Ermittlung des Medians und der Niedriglohnschwelle erfolgt jährlich zum Stichtag 7. September.

Abbildung 7: Einkommens-Median¹⁾ und Niedriglohnschwelle für die Jahre 2000 bis 2012

Q: WIFO-Berechnungen, WIFO INDI-DV auf Basis Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.- ¹⁾ Einkommens-Median: Median der monatlichen Beitragsgrundlagen zur Sozialversicherung inklusive anteiliger Sonderzahlungen der unselbstständig Erwerbstätigen (18-59 Jährige) ohne öffentlich Bedienstete. Niedriglohnschwelle: 2/3 des Einkommensmedians.

Die folgende Abbildung 8 zeigt die Entwicklung der Anteile von Niedriglohnbeschäftigten an allen unselbstständig Beschäftigten im Alter 25 - 54 (ohne öffentlich Bedienstete). Die Abbildung stellt die Entwicklung insgesamt sowie getrennt für Frauen und Männern in den Jahren 2000 bis 2012 dar. Während der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten Frauen bei etwa 32% zu stagnieren scheint, zeigt sich bei Männern ein leichter Anstieg über den gesamten Beobachtungszeitraum. So steigt der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten Männer von knapp 6% im Jahr 2000 auf etwa 9% im Jahr 2012. In Summe steigt der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten (Männer und Frauen zusammen) im Zeitverlauf leicht an (2000: etwa 14%, 2012 etwa 16%).

Abbildung 8: Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in der Gruppe der Vollzeitbeschäftigten nach Geschlecht für die Altersgruppe 25-54 Jahre

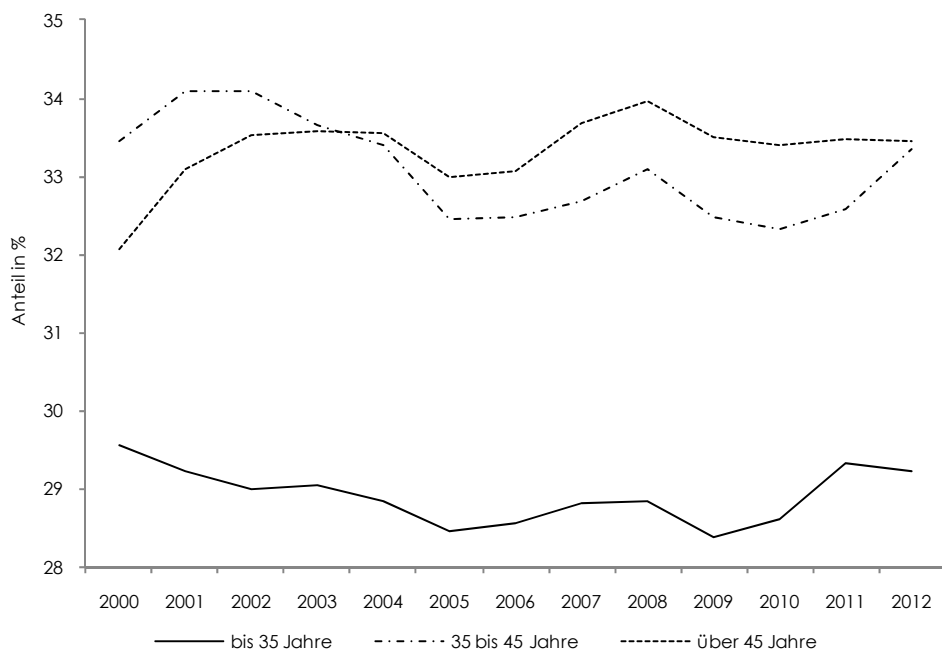


Q: WIFO Berechnungen, WIFO INDI-DV auf Basis Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Hinter der geschlechtsspezifischen Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung liegt eine recht unterschiedliche Entwicklung einzelner Altersgruppen. Die beiden folgenden Abbildungen zu Niedriglohnanteilen der vollzeitbeschäftigten Frauen bzw. Männer nach Altersgruppen zeigen die Entwicklung für Frauen und Männer aufgeteilt nach drei breiten Altersgruppen (25-34, 35-44 sowie 45-54 Jahre). Für Frauen liegen die Niedriglohnanteile im Haupterwerbssalter (35-44) und in der älteren Altersgruppe (45-54) höher, während sie bei jungen Frauen (25-34) unterdurchschnittlich sind. Insgesamt zeigt sich bei Frauen zwischen den einzelnen Altersgruppen eine eher geringe Variation der Betroffenheit von Niedriglohnbeschäftigung. Bei Männern zeigt sich hingegen eine deutlichere Variation zwischen den einzelnen Altersgruppen.

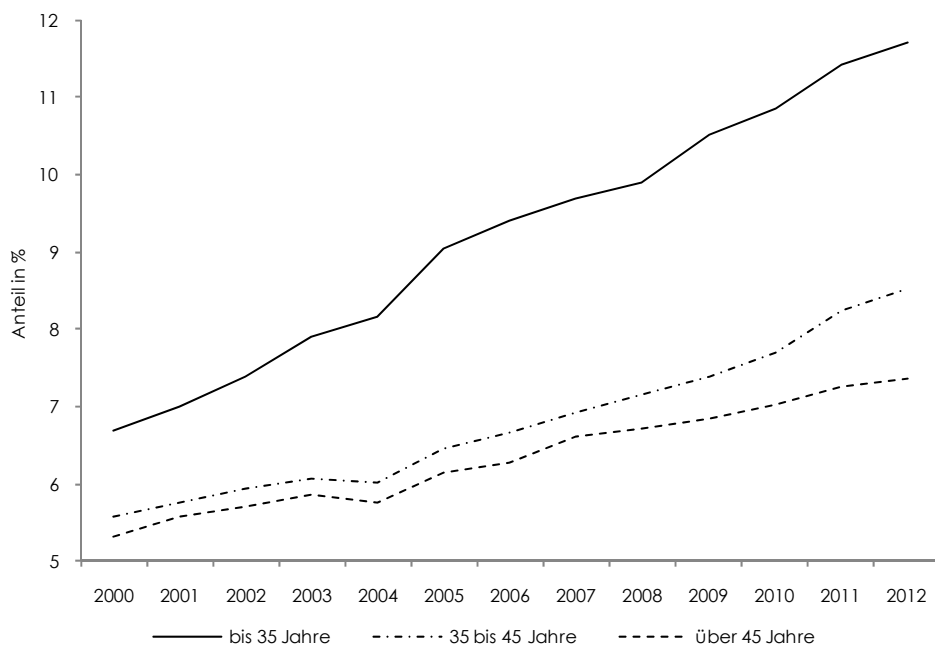
Wie Abbildung 9 zeigt, liegt der Niedriglohnanteil in der Altersgruppe der 25-34 Jährigen deutlich höher als in den anderen Altersgruppen, während mit zunehmendem Alter die Betroffenheit deutlich sinkt. Auch im Zeitverlauf steigt die Niedriglohnbeschäftigung bei jungen Männern markant, während der Anstieg in den übrigen Altersgruppen vergleichsweise gering ausfällt. In der Altersgruppe der 25-34-jährigen Männer steigt der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten zwischen 2000 und 2012 um 5 Prozentpunkte von knapp 7% auf 12%.

Abbildung 9: Niedriglohnanteile der vollzeitbeschäftigten Frauen nach Altersgruppen



Q: WIFO-Berechnungen, WIFO INDI-DV auf Basis Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Abbildung 10: Niedriglohnanteile der Vollzeitbeschäftigten Männer nach Altersgruppen



Q: WIFO-Berechnungen, WIFO INDI-DV auf Basis Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Zusammenfassend bestätigen die empirischen Befunde damit, dass Niedriglohnbeschäftigung in Österreich einen nicht unwesentlichen Anteil der unselbstständig Vollzeitbeschäftigten betrifft, wobei markante geschlechtsspezifische Unterschiede in der Betroffenheit auffallen. So sind Frauen in Vollzeitbeschäftigung etwa vier Mal so häufig von Niedriglohnbeschäftigung betroffen als Männer. Gleichzeitig ist im Zeitverlauf insbesondere unter jungen Männern eine steigende Betroffenheit festzustellen, während für Frauen die Niedriglohnanteile auf hohem Niveau stagnieren.

2.5. Zusammenfassung

Die deutlichen Veränderungen am Arbeitsmarkt durch den Rückgang der standardisierten Beschäftigungsverhältnisse (stabile Vollzeitverhältnisse), der Zunahme der Dienstleistungsbeschäftigten etc. hat Folgewirkungen sowohl auf die Wachstumsraten der gesamtwirtschaftlichen Lohn- und Gehaltssumme, die Verteilung der Einkommen wie auch auf die individuelle Einkommenslage. Im abgelaufenen Jahrzehnt wuchsen die Stundenentgelte etwas stärker als die Tariflöhne. Wegen des Rückgangs der durchschnittlichen Arbeitszeit pro Beschäftigten entwickeln sich die Pro-Kopf-Einkommen der letzten fünf Jahre schwächer als die Tariflöhne. Die Einkommensdynamik der Teilzeitbeschäftigten war insgesamt schwächer als jene der Vollzeitbeschäftigten. Die Einkommensverläufe über den Lebenszyklus der Vollzeitbeschäftigten zeigen eine ausgeprägte Senioritätentlohnung bei angestellten und beamteten Männern. Vertragsbedienstete haben mit zunehmendem Alter deutlich niedrigere Einkommenszuwächse, die Einkommen der Arbeiterinnen und Arbeiter verlaufen hingegen flach. Die Einkommensunterschiede der Durchschnittseinkommen zwischen Frauen und Männern haben sich im abgelaufenen Jahrzehnt nur geringfügig verringert. Die steigende Frauenbeschäftigung erfolgte überwiegend in Form von Teilzeitarbeit, wodurch sich die effektiven Einkommen schwach entwickelten. Bei den Stundenlöhnen haben Frauen etwas aufgeholt, bei Verteilungsmaßen ist aber jeweils das tatsächliche Einkommen (d.h. das Einkommen der bezahlten Wochenarbeitsstunden) relevant.

Der Rückgang der Standardbeschäftigung sowie die Zunahme der Teilzeitjobs und geringfügigen Beschäftigungen etc. zeigt sich im rückläufigen Einkommensanteil entlang der fünf gleich großen Erwerbsgruppen: Während die 20% der unselbstständig Beschäftigten (1. Quintil) mit den geringsten Einkommen durch die Zunahme der de-standardisierten Beschäftigungsformen geprägt ist, zeigen sich sinkende Einkommensanteile auch im 3. Quintil. Die Einkommensanteile der reichsten 20% verzeichnen deutliche Zuwächse. Da die Arbeitsmarktveränderungen ein kontinuierlicher Prozess sind, kann erwartet werden, dass die Einkommensdifferenzen zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten, zwischen Produktions- und Dienstleistungsbeschäftigten, zwischen ArbeiterInnen und Angestellten etc. auch in Zukunft größer werden dürften.

3. Die Entwicklung und Verteilung der Haushaltseinkommen

Neben dem Erwerbseinkommen, das mit Abstand die wichtigste Einkommensquelle für die meisten Haushalte darstellt, werden die Konsummöglichkeiten und das Wohlstandsniveau der Bevölkerung in einem wesentlichen Ausmaß vom staatlichen Abgaben- und Transfersystem geprägt. Letzteres hängt vielfach vom Haushaltskontext (Anzahl und Alter von Kindern, Alleinerziehende, etc.) ab. Zudem können zahlreiche haushaltsspezifische Faktoren (Größe des Haushalts, Betreuungspflichten, Einkommen anderer Haushaltsmitglieder, sonstige Einkünfte, Bedürfnisse und Präferenzen) die Entscheidung, ob und in welchem Ausmaß einer Erwerbstätigkeit nachgegangen wird, beeinflussen. Die Unterscheidung zwischen der Personen- und der Haushaltsebene spielt daher eine entscheidende Rolle für die Beurteilung der Einkommenssituation der Bevölkerung, auch weil erst auf der Haushaltsebene die volle Wirkung der staatlichen Umverteilungspolitik durch Steuern und öffentliche Transferleistungen zum Tragen kommt. Die Verteilung der Bruttoeinkommen wird durch die Aktivitäten des Staates in beträchtlichem Ausmaß beeinflusst. Das trifft besonders dann zu, wenn man neben den Transfers auch die öffentlichen Dienstleistungen (z. B. im Gesundheits- und Bildungsbereich) heranzieht. Ein Vergleich der Einkommensverteilung vor und nach Steuern und Transfers belegt die große Rolle der staatlichen Umverteilung in Österreich und der EU (vgl. Guger *et al.*, 2009).

Definition des verfügbaren äquivalisierten Haushaltseinkommens

Das verfügbare Haushaltseinkommen ist eine Größe, die sich aus der Summe aller Bruttoerwerbseinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Tätigkeit der Haushaltsmitglieder zuzüglich Sozialtransfers, Pensionen und Vermögenseinkommen ergibt, wobei Unterhaltsleistungen zwischen privaten Haushalten sowie Einkommensteuernachzahlungen und –erstattungen ebenfalls berücksichtigt werden.

Um die Einkommen privater Haushalte vergleichen und deren Verteilung beurteilen zu können, werden die Haushaltseinkommen zunächst äquivalisiert bzw. gewichtet. Die Gewichtung trägt dem Umstand Rechnung, dass große Haushalte ein höheres Haushaltseinkommen benötigen als kleine Haushalte, um den gleichen materiellen Lebensstandard zu erreichen wie letztere. Zudem wird berücksichtigt, dass Skalenerträge entstehen, wenn sich mehrere Personen einen gemeinsamen Wohnraum teilen. Das Ausmaß dieser Skalenerträge wiederum hängt u.a. vom Alter der zusammenlebenden Personen ab. Um den Vergleich der Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Zusammensetzung zu ermöglichen, wird das Haushaltseinkommen normiert (äquivalisiert), indem es je nach Haushaltsgröße und Alter der Haushaltsmitglieder durch einen Faktor dividiert wird¹²⁾. In weiterer Folge wird das äquivalisierte Haushaltseinkommen daher auch als verfügbares Pro-Kopf-Haushaltseinkommen bezeichnet.

¹²⁾ Die Bestimmung der haushaltsspezifischen Gewichtungsfaktoren erfolgt nach der sogenannten neuen OECD-Skala, wonach die erste erwachsene Person im Haushalt mit dem Faktor 1,0, jede weitere Person im Alter von 15 und mehr Jahren mit 0,5 und alle anderen mit 0,3 in die Gewichtung eingehen.

3.1. Ungleichheit unter verschiedenen Gesichtspunkten

Bis Ende der 1990er Jahre wurden in Österreich Haushaltseinkommen nur im Mikrozensus erfasst, seither zuerst im Europäischen Haushaltspanel (ECHP) und ab 2003 im Rahmen der Europäischen Erhebung zu Einkommen- und Lebensbedingungen (EU-SILC). Um mehrere Bruchstellen zu vermeiden, werden an dieser Stelle nur Daten aus Mikrozensus und EU-SILC verwendet, letztere werden auch zur Analyse der relativen Verteilungsposition Österreichs in der EU herangezogen. Die Vergleichbarkeit über die Zeit stellt dennoch in mehrfacher Hinsicht ein Problem dar. Zum einen sind die Ergebnisse aus Mikrozensus und EU-SILC nicht unmittelbar miteinander vergleichbar. Zum anderen wurden für beide Stichprobenerhebungen über die Jahre Änderungen im Erhebungskonzept durchgeführt. Für die EU-SILC Erhebung 2012 (Einkommen 2011) wurden zudem erstmals Registerdaten sowohl für die Berechnung von Einkommenskomponenten als auch für die Gewichtung und Hochrechnung verwendet, was ebenfalls in einen Bruch im Vergleich zu den Erhebungen der Vorjahre resultiert, da vor allem die Einkommen an den Rändern der Haushaltseinkommensverteilung aus Registerdaten vollständig erfasst werden (*Statistik Austria, 2013*).

Zur Beurteilung der Einkommensverteilung zwischen den privaten Haushalten wird zunächst der Interquartilsabstand der Haushaltseinkommen als Maß zur Bestimmung der Einkommensungleichheit ausgewiesen. Dieser gibt an, um wie viel das verfügbare Einkommen eines Haushaltes an der Grenze des dritten und vierten Einkommensviertels (also eines Haushaltes, der gerade noch zu den einkommensreichsten 25% aller Haushalte zählt) von jenem eines Haushaltes an der Grenze vom ersten zum zweiten Einkommensviertel abweicht. Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderung des Interquartilsabstands der verfügbaren Pro-Kopf-Haushaltseinkommen der unselbstständigen Haushalte.¹³⁾

Übersicht^o12: Entwicklung der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen, 1983 – 2011

Unselbstständig Beschäftigte

Relative Interquartilsabstände in %

	1983	1991	1997	1999	2010	2011 ¹⁾	2003/ 2005	2006/ 2007	2008/ 2009
	Mikrozensus						EU-SILC		
Gewichtete Nettoeinkommen pro Kopf ²⁾	82	83	73	72	68	70	65	70	67

Q: Statistik Austria, Mikrozensus 1983 bis 1999, Sonderprogramme und EU-SILC: 2003 bis 2011; WIFO-Berechnungen.- ¹⁾ Datenbruch aufgrund veränderter Erhebungsmethode (Nutzung von Verwaltungsdaten für das Jahr 2011).- ²⁾ Äquivalenzeinkommen.

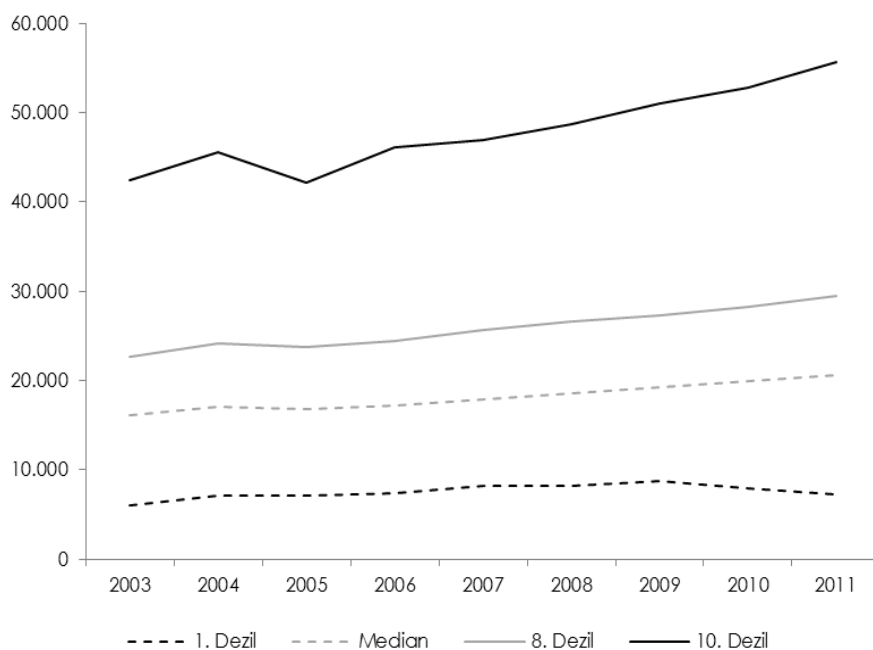
Es wird gezeigt, dass die Einkommensungleichheit im Laufe der neunziger Jahre merklich zurückgegangen ist. Insgesamt über alle Haushalte der Unselbstständigen verringerte sich der Interquartilsabstand laut Mikrozensus von 83% (1991) auf 72% (1999). Geht man vom durchschnittlichen EU-SILC Wert für die Einkommen der Jahre 2003 bis 2005 (65%) aus, kam es im

¹³⁾ Die Abgrenzung von Haushalten nach unselbstständiger und selbstständiger Tätigkeit erfolgt in Bezug auf die Form des Haupterwerbseinkommens im Haushalt. Beamte werden aus der Betrachtung ausgeschlossen

laufenden Jahrzehnt tendenziell zu einer Steigerung der Ungleichheit (2006 bis 2007: 70%), die in den Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise zunächst etwas rückläufig erscheint (2008 bis 2009: 67%), dann aber wieder steigt. Im Jahr 2011 waren die verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen eines Haushaltes, der gerade noch zu den reichsten 25% aller Haushalte zählt, um 70% höher als das eines Haushaltes, der gerade noch zu den ärmsten 25% der Haushalte zählt.

Einen anderen Eindruck über die Entwicklung der Haushaltseinkommen vermittelt Abbildung¹¹. Hier wird der Verlauf der verfügbaren Pro-Kopf-Haushaltseinkommen für das 1., 5., 8. und 10. Dezil aller Haushalte für die Jahre 2003-2011 dargestellt. Die zehn Dezile erhält man, indem man alle Haushalte nach ihrem verfügbaren pro-Kopf Einkommen reiht und dann in zehn gleich große Stücke teilt. Somit beinhaltet jedes Dezil 10% der Haushalte. Es zeigt sich, dass das äquivalisierte verfügbare Haushaltseinkommen des obersten Dezils seit 2005 ungleich stärker gestiegen ist als das entsprechende Einkommen der anderen Dezile. Das unterste Dezil war seit 2009 sogar mit einer (nominalen) Verringerung des verfügbaren gewichteten Haushaltseinkommens konfrontiert.

Abbildung¹¹: Äquivalisiertes verfügbares Haushaltseinkommen in € pro Jahr für ausgewählte Dezile, 2003-2011¹⁾



Q: Statistik Austria, EU-SILC; WIFO-Berechnungen.- ¹⁾ Die Einkommensdaten für das Berichtsjahr 2011 basieren teils auf Verwaltungsdaten, für das Berichtsjahr 2012 komplett.

Die nachstehende Übersicht¹³ zeigt, dass das verfügbare Haushaltsäquivalenzeinkommen im Jahr 2010 im Durchschnitt um 2,6% (wie auch in den vier Jahren davor) gegenüber dem Vorjahr und damit deutlich stärker als die Verbraucherpreise gestiegen ist (+1,9%). Die 20% einkommensschwächsten Haushalte erlitten hingegen mit einem um 2,4% niedrigeren Haushaltseinkommen kräftige Kaufkraftverluste. Im Jahr 2011 stieg das verfügbare Pro-Kopf-Haushaltseinkommen im Gleichschritt mit den Verbraucherpreisen um 3,3%, wobei das Einkommenswachstum im untersten Quintil der Haushalte wieder deutlich schwächer ausfiel (+2,4%).

Die unterschiedlichen Maße zur Bestimmung der Einkommensungleichheit werden in der Übersicht¹⁴ herangezogen. Es wird daraus ersichtlich, dass der Gini-Koeffizient unter Berücksichtigung aller Haushalte zunächst zwischen 2003 und 2005 von 0,331 auf 0,326 gefallen und bis zum Jahr 2010 mehr oder weniger kontinuierlich auf 0,336 gestiegen ist. Der relativ starke Anstieg nach 2009 lässt sich auf die Erhebungsmethode in EU-SILC zurückführen: Für das Jahr 2010 liegt der Gini-Koeffizient auf Basis der über Verwaltungsdaten erhobenen Einkommen um 3,5% über dem Gini-Koeffizienten, der sich ergibt, wenn man die Befragungsdaten heranzieht. Die höhere gemessene Einkommensungleichheit resultiert daraus, dass die befragten Personen am unteren Rand der Verteilung höhere Einkommen angeben als das Einkommen, das den Verwaltungsdaten zu entnehmen ist, während für die Angaben der Personen in den oberen Perzentilen das Gegenteil der Fall ist (vgl. *Lamei et al.*, 2013). Schließt man jene Haushalte aus der Betrachtung aus, in denen HauptverdienerInnen selbstständig beschäftigt sind, so lässt sich ein geringeres Maß der Einkommenskonzentration festmachen (vgl. *Guger – Mayrhuber – Scheiblecker*, 2009). Ausgehend von einem Wert von 0,271 im Jahr 2003 stieg der Gini-Koeffizient bis 2010 um 2,7%. Unter Verwendung von Registerdaten liegt der Koeffizient für die Haushaltseinkommen ohne Berücksichtigung von Selbstständigenhaushalten im Jahr 2010 um 5,1% höher als unter Verwendung von Befragungsdaten.

Übersicht¹³: Entwicklung der Verteilung der äquivalisierten nominellen verfügbaren Haushaltseinkommen, 2006 bis 2011

	2006	2007	2008	2009	2010	2011 ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
1. Quintil	+ 4,0	+ 7,0	+ 2,2	+ 4,5	- 2,4	+ 2,4
2. Quintil	+ 3,0	+ 3,4	+ 4,4	+ 3,7	+ 2,4	+ 3,5
3. Quintil	+ 2,5	+ 4,0	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,4
4. Quintil	+ 2,4	+ 4,7	+ 3,6	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,2
5. Quintil	+ 7,2	+ 2,4	+ 3,8	+ 4,4	+ 3,0	+ 3,5
Insgesamt	+ 4,4	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,8	+ 2,6	+ 3,3
Verbraucherpreisindex	+ 1,5	+ 2,2	+ 3,2	+ 0,5	+ 1,9	+ 3,3

Q: Statistik Austria, EU SILC; WIFO-Berechnungen.- ¹⁾ Diese Werte beruhen auf Verwaltungsdaten.

Übersicht¹⁴: Entwicklung der Verteilung der äquivalisierten verfügbaren Haushaltseinkommen, 2003 bis 2011

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2010 ¹⁾	2011 ¹⁾
Gini-Koeffizient										
Alle Personen	0,331	0,327	0,326	0,331	0,330	0,329	0,333	0,336	0,347	0,345
Ohne Selbständige	0,271	0,272	0,272	0,277	0,277	0,277	0,284	0,278	0,292	0,292
Anteile in %										
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2010 ¹⁾	2012
1. Quintil	8,7	9,0	9,1	9,0	9,3	9,2	9,3	8,8	8,2	8,1
2. Quintil	14,1	14,1	14,3	14,1	14,0	14,1	14,1	14,1	13,8	13,9
3. Quintil	17,9	17,8	18,1	17,8	17,8	17,9	17,8	17,9	17,9	17,9
4. Quintil	22,6	22,5	22,8	22,4	22,6	22,6	22,4	22,6	22,8	22,7
5. Quintil	36,6	36,6	35,7	36,7	36,2	36,2	36,4	36,5	37,2	37,3
Relative Einkommensanteile										
5./1.	4,2	4,1	3,9	4,1	3,9	3,9	3,9	4,1	4,5	4,6
4./2.	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,7	1,6
3./1.	2,1	2,0	2,0	2,0	1,9	1,9	1,9	2,0	2,2	2,2
5./3.	2,0	2,1	2,0	2,1	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1	2,1

Q: Statistik Austria, EU SILC; WIFO-Berechnungen.- ¹⁾ Diese Werte beruhen auf Verwaltungsdaten.

Als weiteres Maß zur Bestimmung der Einkommensungleichheit dient der Vergleich der Anteile der einzelnen Quintile am gesamten Haushaltsäquivalenzeinkommen. Aus Übersicht¹⁴ geht hervor, dass im Jahr 2011 auf das erste Quintil 8,1%, während auf das mittlere Quintil 17,9% und auf das oberste Quintil 37,3% der verfügbaren Haushaltseinkommen entfallen. In der Zeitperiode 2003-2011 sind die Einkommensanteile des 3. und 4. Quintils nahezu unverändert geblieben. Im Gegensatz dazu hat das unterste Quintil deutlich Anteile verloren (-0,6 Prozentpunkte). Der Rückgang ist nur zum Teil durch die neue Erfassungsmethode bedingt und bereits im Jahr 2010 zu beobachten. Auf das oberste Quintil entfällt 2010 hingegen aufgrund der besseren Erfassung der Einkommen mit Verwaltungsdaten ein größerer Anteil des gesamten Haushaltseinkommens als die Befragungsdaten dies suggerierten (+0,7 Prozentpunkte). Eine Betrachtung der relativen Einkommensanteile zeigt, dass das oberste Quintil im Jahr 2003 einen 4,2 mal höheren Anteil am gesamten verfügbaren Pro-Kopf-Haushaltseinkommen hatte als das unterste Quintil. Dieser Faktor stieg unter Verwendung von Verwaltungsdaten im Jahr 2010 auf 4,5 und im Jahr 2011 auf 4,6.

3.2. Die Entwicklung einzelner Einkommensquellen

Weiteren Aufschluss über die Situation der Haushalte im Zeitverlauf liefert die nachstehende Übersicht¹⁵. Neben dem durchschnittlichen Alter des Hauptverdieners bzw. der Hauptverdienerin sowie der durchschnittlichen Anzahl der Personen pro Haushalt, gibt der obere Teil der Übersicht einen Überblick darüber, wie hoch das verfügbare pro-Kopf Haushaltseinkommen im ersten bis fünften Quintil im Jahr 2011 war und aus welchen Quellen die Haushalte ihr Einkommen bezogen.

Übersicht¹⁵: Alter, Anzahl der Personen im Haushalt und Anteil der Einkommenskomponenten am verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen nach Quintilen, 2011

	1. Quintil	2. Quintil	3. Quintil	4. Quintil	5. Quintil	Insg.
	Mittelwert					
Alter (Hauptverdiener, in Jahren)	50	53	52	51	52	52
Anzahl Personen im Haushalt	1,6	1,9	2,0	2,0	2,1	1,9
Verfügbares Haushaltsäquivalenzeinkommen (in €)	9.952	16.915	21.877	27.790	45.526	24.416
	Anteile in %					
Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit	25,5	39,5	48,4	59,8	57,6	51,3
Einkommen aus selbständiger Tätigkeit	5,6	5,6	6,3	5,4	12,2	8,1
Arbeitslosenleistungen	10,3	4,0	1,8	1,3	0,5	2,2
Krankenleistungen	1,7	0,6	0,5	0,4	0,3	0,5
Alters-, Hinterbliebenen-, Invaliditätsleistungen	39,8	39,7	35,6	27,9	22,0	29,7
Ausbildungsbezogenen Leistungen, Familienleistungen, Kindergeld	7,2	6,2	4,2	2,6	1,3	3,3
Sonstige Leistungen gegen soziale Ausgrenzung, Wohnkostenzuschuss f. Mieter	4,6	1,5	0,8	0,3	0,0	0,8
Netto-Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Zinsen und Dividenden	1,5	1,3	1,5	1,7	5,5	3,0
Nettogeldtransfers zwischen privaten Haushalten	2,8	0,5	-0,4	-0,7	-1,3	-0,4
Sonstige Einkommen ²⁾	0,8	1,0	0,8	0,8	0,3	0,6
	Veränderung gegen das Jahr 2003 in Prozentpunkten ¹⁾					
Alter (Hauptverdiener, in Jahren)	- 1,0	+ 3,2	+ 3,7	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,1
Anzahl Personen im Haushalt	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit	- 7,0	- 5,9	- 7,3	- 0,9	+ 3,1	- 1,6
Einkommen aus selbständiger Tätigkeit	+ 1,0	+ 0,3	+ 1,4	+ 0,3	- 3,1	- 0,6
Arbeitslosenleistungen	+ 2,0	+ 1,4	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,4
Alters-, Hinterbliebenen-, Invaliditätsleistungen	+ 0,2	+ 4,0	+ 4,8	- 0,5	- 3,8	- 0,2
Krankenleistungen	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2
Ausbildungsbezogenen Leistungen, Familienleistungen, Kindergeld	- 2,0	- 2,0	- 0,8	- 0,7	- 0,6	- 1,0
Sonstige Leistungen gegen soziale Ausgrenzung, Wohnkostenzuschuss f. Mieter	+ 2,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,5
Netto-Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Zinsen und Dividenden	- 0,1	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,7	+ 3,0	+ 1,5
Nettogeldtransfers zwischen privaten Haushalten	+ 1,1	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,8	- 0,4
Sonstige Einkommen ²⁾	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4

Q: Statistik Austria, EU-SILC; WIFO-Berechnungen.- ¹⁾ Werte für 2011 beruhen auf Verwaltungsdaten.- ²⁾ Einkommen von Personen unter 16 Jahren, Einkommensteuernachzahlungen/-erstattungen.

Wie die erste Zeile zeigt, variiert das Durchschnittsalter der Hauptverdiener über die Quintile nur wenig, während die Anzahl der Personen im Haushalt in den unteren Quintilen deutlich geringer ist als in den oberen Quintilen. Im untersten Quintil machten die Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsleistungen mit knapp 40% den größten Anteil am verfügbaren

Haushaltsäquivalenzeinkommen aus, gefolgt vom Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit (26%), den Arbeitslosenleistungen (10%) und den familien- und ausbildungsbezogenen Leistungen (7%). Im zweiten Quintil trugen die Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit und die Altersleistungen in etwa jeweils 40% zum verfügbaren Pro-Kopf Haushaltseinkommen bei. Die Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit und die ausbildungs- und familienbezogenen Leistungen hatten mit jeweils etwa 6% eine weitaus geringere Bedeutung. Ab dem dritten Quintil spielt das Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit eine dominante Rolle, während die Altersleistungen die zweitwichtigste Einkommensquelle darstellen. Die 20% einkommensstärksten Haushalte bezogen fast 58% ihres verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommens aus unselbstständiger Beschäftigung und 22% aus Altersleistungen. Die drittwichtigste Einkommensquelle im 5. Quintil stellte mit 12% das Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit dar, gefolgt vom Einkommen aus Zinsen, Dividenden, Vermietung und Verpachtung (6%). Die Vermögenseinkommen sind allerdings am oberen Rand der Verteilung deutlich untererfasst (vgl. *Humer et al.*, 2013). Der Anteil der Familienleistungen nimmt mit dem Einkommen sukzessive ab, da der Anspruch und die Höhe dieser Geldleistungen zum Großteil einkommensunabhängig sind. Im fünften Quintil machen sie nur 1% des verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommens aus.

In der unteren Hälfte der Tabelle werden die jeweiligen Variablen im Vergleich zum Jahr 2003 dargestellt. Hier ist zu entnehmen, dass die Hauptverdiener im Jahr 2011 ausschließlich im untersten Quintil jünger waren als 2003. In den mittleren Quintilien ist das Alter überdurchschnittlich gestiegen. Die Haushaltgröße hat sich über die Quintile hingegen kaum geändert. Die verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen sind zwischen 2003 und 2011 im Durchschnitt um etwa 29% gestiegen, wobei das Wachstum in den zwei untersten Quintilen unterdurchschnittlich war (1. Quintil: +22%; 2. Quintil: +27%) und in den drei obersten Quintilien zwischen 29% und 32% lag. Im Durchschnitt über alle Haushalte sind zwischen 2003 und 2011 insbesondere der Anteil des Erwerbseinkommens (-2,2 Prozentpunkte) sowie der Anteil der ausbildungs- und familienbezogenen Leistungen (-1 Prozentpunkt) am verfügbaren Haushaltseinkommen gefallen. Hingegen ist der Anteil der Vermögenseinkommens (+1,5 Prozentpunkte) gestiegen. Diese Entwicklungen haben sich in den einzelnen Quintilien höchst unterschiedlich vollzogen. Der anteilmäßige Rückgang im Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit war insbesondere in den 60% einkommensschwächsten Haushalten sehr ausgeprägt (zwischen 6 und 7 Prozentpunkte). Lediglich bei den 20% einkommensstärksten Haushalten ist der Anteil des Einkommens aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit gestiegen. Während im untersten Quintil die quantitative Bedeutung der Altersleistungen nahezu unverändert blieb, kompensierte diese Einkommensquelle im 2. und 3. Quintil zumindest teilweise den Rückgang im Anteil des Unselbstständigeneinkommens (2. Quintil: +4 Prozentpunkte; 3. Quintil: +5 Prozentpunkte). Im untersten Quintil nahm hingegen die Bedeutung der Arbeitslosenleistungen (+2 Prozentpunkte) und der Leistungen gegen soziale Ausgrenzung sowie Zuschüsse für Mieten (+3 Prozentpunkte) zu. Bei den 40% einkommensschwächsten Haushalten haben sich die Anteile der familien- und ausbildungsbezogenen Leistungen um jeweils 2 Prozentpunkte reduziert. Der

allgemeine Anstieg im Anteil der Vermögenseinkommen ist insbesondere durch den Anstieg bei den 20% einkommensstärksten Haushalten getrieben. Der Anteil des Einkommens aus selbstständiger Tätigkeit ist hingegen ausschließlich im 5. Quintil im Vergleich zu 2003 gefallen. Der in der Übersicht¹⁶ beschriebene Rückgang im Anteil des Unselbständigeneinkommens in den unteren Quintilien ging mit einem Rückgang im Anteil der vollzeitbeschäftigten Personen einher. Im ersten Quintil fiel der Anteil der Vollzeit-Angestellten zwischen 2003 und 2011 um 2,2 Prozentpunkte. Der Anteil der vollzeitbeschäftigten ArbeiterInnen, der im Jahr 2011 im ersten Quintil knapp 43% aller Unselbständigen ausmachte, reduzierte sich im Vergleich zu 2003 um 3,5 Prozentpunkte. Im Gegensatz dazu stieg der Anteil der teilzeitbeschäftigten Angestellten und ArbeiterInnen um 7,7 bzw. 2,4 Prozentpunkte. Die Gruppe der Angestellten und ArbeiterInnen stellt in den drei untersten Quintilen über 90% der unselbstständig Beschäftigten dar. In allen Quintilen ist der Anteil der teilzeitbeschäftigten Angestellten zwischen 2003 und 2011 markant gestiegen. Der Anteil der vollzeitbeschäftigten BeamtInnen und Vertragsbediensteten fiel in den zwei untersten Quintilien um 2,6 bzw. 3 Prozentpunkte; im 3. Quintil fiel der Anteil um mehr als 6 Prozentpunkte auf 8,6%.

Übersicht¹⁶: Struktur der unselbstständigen Erwerbstätigkeit (Angestellte, Arbeiter, Beamte sowie bezahltes Arbeitsausmaß), 2011 nach Quintilen

	1. Quintil	2. Quintil	3. Quintil	4. Quintil	5. Quintil
	Anteile in %				
Vollzeit Angestellte	27,3	27,8	35,1	42,1	51,1
Teilzeit Angestellte	17,0	11,5	12,2	11,4	10,0
Vollzeit Arbeiter	42,9	42,9	36,9	27,6	14,8
Teilzeit Arbeiter	9,1	9,2	6,0	3,5	1,9
Vollzeit Beamte	3,3	7,0	8,6	13,3	19,6
Teilzeit Beamte	0,4	1,7	1,1	2,1	2,7
	Veränderung gegen das Jahr 2003 in Prozentpunkten				
Vollzeit Angestellte	- 2,2	- 1,3	+ 2,9	+ 3,0	- 1,1
Teilzeit Angestellte	+ 7,7	+ 1,6	+ 4,3	+ 2,7	+ 3,1
Vollzeit Arbeiter	- 3,5	- 0,7	- 2,3	- 4,4	- 3,1
Teilzeit Arbeiter	+ 2,4	+ 2,8	+ 1,7	+ 0,0	+ 0,6
Vollzeit Beamte	- 2,6	- 3,0	- 6,1	- 1,5	- 1,2
Teilzeit Beamte	- 1,8	+ 0,7	- 0,6	+ 0,1	+ 1,8

Q: Statistik Austria, EU-SILC; WIFO-Berechnungen.

4. Zusammenschau

Die Entlohnung der beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital hat eine unterschiedliche Dynamik. Die ArbeitnehmerInnenentgelte nahmen schwächer zu als die Nicht-Lohn-Einkommen (das sind die Unternehmens- und Vermögenserträge), obwohl die Zahl der unselbstständig Erwerbstätigen kontinuierlich gestiegen ist. Damit wuchsen die Pro-Kopf-

Einkommen schwächer als die ArbeitnehmerInnenentgelte insgesamt. Zwischen 2000 und 2010 nahmen die ArbeitnehmerInnenentgelte im Schnitt um 2,9% pro Jahr zu, während die Unternehmens- und Vermögenserträge trotz der krisenbedingten Einbrüche im Jahr 2009 (-15,8%) um durchschnittlich 4,5% pro Jahr wuchsen. In den beiden letzten Jahren 2012 und 2013 sind die Unternehmens- und Vermögenserträge wieder gesunken, die ArbeitnehmerInnenentgelte weiter gestiegen. Unternehmens- und Vermögenserträge reagieren schneller auf konjunkturelle Veränderungen, während die Löhne und Gehälter im Allgemeinen einmal jährlich mit den Lohnabschlüssen angepasst werden. Diese zeitverzögerte Reaktion der ArbeitnehmerInnenentgelte in Konjunkturschwächen ist mit positiven Effekten für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage verbunden. Die stabilisierende Wirkung kam in der Krise 2009 zum Tragen, wo die private Konsumnachfrage zwar einbrach, aber weiterhin positiv blieb. 2013 leistete die private Konsumnachfrage erstmals keinen positiven Wachstumsbeitrag zur Wirtschaftsentwicklung, obwohl sich die ArbeitnehmerInnenentgelte um 2,8% erhöhten.

Das Zurückbleiben der Zuwächse der ArbeitnehmerInnenentgelte gegenüber den Nicht-Lohn-Einkommen führte langfristig zu einem Rückgang der Lohnquote, der in Österreich stärker war als in den meisten europäischen Ländern. Gemäß den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verringerte sich die bereinigte Lohnquote zwischen 1990 und 2007 um 7,6 Prozentpunkte auf 66,2%. Die krisenbedingten Einbrüche bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen führte 2009, aber auch 2012 und 2013, zu einem Anstieg der Lohnquote. Ein erneuter Rückgang der Lohnquote kann verhindert werden, wenn sich die Real-löhne im Gleichklang mit der gesamtwirtschaftlichen Produktivität entwickeln würden. Tatsächlich erhöhten sich zwischen 2010 und 2013 die Löhne je Beschäftigungsverhältnis um durchschnittlich 1,9% pro Jahr. Im gleichen Zeitraum stieg das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen um 2,7% pro Jahr. Ein Gleichklang war damit weder in der jüngeren noch in der längeren Vergangenheit gegeben.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zeigt der Rückgang der Lohnquote zugunsten eines wachsenden Anteils der Unternehmens- und Vermögenserträge am Volkseinkommen die Veränderung der Einkommensverteilung weg vom Faktor Arbeit hin zum Faktor Kapital. Darüber hinaus hat sich auch die Abgabenbelastung der beiden Produktionsfaktoren zugunsten des Kapitals verschoben, was in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch die steigende Differenz zwischen der Bruttolohnquote und der um die Abgaben bereinigten Nettolohnquote festgehalten wird.

Die rückläufige Lohnquote ist begründet und getragen von strukturellen Veränderungen am Arbeitsmarkt wie der Tertiärisierung, Flexibilisierung und vieles mehr, die wiederum die Verteilung der Lohneinkommen innerhalb der ArbeitnehmerInnenschaft bestimmen. Trotz Beschäftigungsausweitungen beobachten wir eine steigende Ungleichheit bei den ArbeitnehmerInneneinkommen, da die individuelle Intensität der Arbeitsmarkt-beteiligung sinkt: Seit 2004 steigt das Gesamtvolumen der geleisteten Arbeitsstunden in Österreich mit jährlich +0,3% deutlich schwächer an als die Beschäftigtenzahlen, die im Schnitt in diesem Zeitraum um 1% jährlich zunahmen. Neue Jobs sind damit mit einem geringen Stundenausmaß verbunden.

Gemäß Lohnsteuerstatistik waren 2013 29% aller Beschäftigungsverhältnisse (47% aller un-selbstständig beschäftigten Frauen) Teilzeitjobs. Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse erreichten 2013 im Schnitt nur 30% des Lohnniveaus von Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen. Die steigende Einkommensspreizung ist damit auch ein Resultat der Zunahme der De-Standardisierten Beschäftigungsverhältnisse.

Neben der Rolle des geleisteten Stundenausmaßes für die Einkommensposition sind die Einkommensdifferenzen nach sozialrechtlichem Status vorhanden. Werden ausschließlich Vollzeitbeschäftigte betrachtet, sind die Einkommen der ArbeiterInnen mit brutto 2.530 € pro Monat (einschließlich Sonderzahlungen) am geringsten und jene der BeamtInnen mit 4.700 € pro Monat am höchsten. Vertragsbedienstete und Angestellte liegen - in dieser Reihenfolge – dazwischen.

Entlang den Wirtschaftsbranchen sind die Lohnunterschiede ebenfalls stark ausgeprägt. In der Gruppe der Vollzeitbeschäftigten variieren die Bruttolöhne- und Gehälter zwischen der Energieversorgung mit 5.360 € und dem Beherbergungs- und Gaststättenwesen mit 1.920 €. Im erstgenannten Bereich liegen die Einkommen um 50% über und im Beherbergungsbereich um 46% unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in der Höhe von 3.580 €.

Die Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes bedeutet ein tendenziell geringes Lohnniveau in Branchen mit einem hohen Frauenanteil wie im Beherbergungs- und Gaststättenwesen, im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Handel und ein hohes Lohnniveau im männerdominierten Branchen, allen voran in der Energieversorgung und der Information und Kommunikation. Im abgelaufenen Jahrzehnt haben sich die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern etwas reduziert, sind aber nach wie vor hoch: Vollzeitbeschäftigte Arbeiterinnen erreichen 70% der Einkommen von Arbeitern, angestellte vollzeitbeschäftigte Frauen 63% der angestellten Männer. Einzig beamtete Frauen erreichen 96% der entsprechenden Männereinkommen. Unter den vollzeitbeschäftigten Frauen ist der Anteil mit Niedrigeinkommen besonders hoch: 32% von ihnen hatten 2012 Einkommen, die zwei Drittel des Medianeinkommens aller Vollzeitbeschäftigten nicht erreicht. Zwischen 2000 und 2012 stieg der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in der Altersgruppe der 25- bis 54-jährigen Vollzeitbeschäftigten von 14% auf 16% an.

Die Beschäftigungszuwächse im unteren Einkommenssegment führen zu einer kontinuierlichen Verschiebung der Einkommensanteile. Die untersten 60% der ArbeitnehmerInnen hatten zwischen 2005 und 2012 einen Rückgang am lohnsteuerpflichtigen Einkommen im Ausmaß von 1,1 Prozentpunkten zu verzeichnen. Der Einkommensanteil im 4. Quintil blieb weitgehend konstant. Die Anteilsverluste der unteren drei Quintile gingen an das oberste Quintil. Auch bei den Nettobezügen verschoben sich die Einkommensanteile wie bei den Bruttobezügen zugunsten des obersten Einkommensquintils. Die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede spiegeln sich auch im Frauenanteil in den Einkommensquintilen: Während in der Gruppe der 20% ArbeitnehmerInnen mit den geringsten lohnsteuerpflichtigen Einkommen der Frauenanteil bei 51% ist, sinkt er in der obersten Einkommensgruppe auf 31%. Die steigende

Spreizung der Unselbstständigeneinkommen zeigt sich auch im Verteilungsmaß des Gini-Koeffizienten. Die Einkommensungleichheit aller ArbeitnehmerInnen erhöhte sich zwischen 2000 und 2013 um 5,3%, jene der ausschließlich Vollzeitbeschäftigten um 4,1%.

Ein beträchtlicher Anteil der Erwerbstätigen ist Teil eines Haushalts und teilt sich Ressourcen (Lohn- und Nichtlohneinkommen) mit anderen Haushaltmitgliedern. Die ökonomische Situation der Erwerbsbevölkerung ist neben ihrem individuellen Erwerbseinkommen aus unselbstständiger Arbeit und den Nicht-Lohn-Einkommen auch von monetären Transfers bestimmt. Auf der Ebene der Haushalte stellt sich die Verteilungslage etwas weniger ungleich dar als bei den Unselbstständigeneinkommen.

Möchte man Aussagen über das Wohlstandsniveau und die Konsummöglichkeiten einer Gesellschaft machen, ist es daher wichtig über die reine Individualebene hinauszugehen und das verfügbare pro-Kopf-Haushaltseinkommen, das alle Einkommensquellen aller Haushaltsmitglieder umfasst, zu untersuchen. Aus den letztverfügbaren Daten von EU-SILC geht hervor, dass das durchschnittliche verfügbare Haushaltsäquivalenzeinkommen im Jahr 2010 im Durchschnitt um 2,6% gegenüber dem Vorjahr und damit sowohl stärker als die ArbeitnehmerInnenentgelte (+2,1%) als auch stärker als die Verbraucherpreise (+1,9%) gestiegen ist. Die 20% einkommensschwächsten Haushalte erlitten hingegen mit einem um 2,4% niedrigeren Haushaltseinkommen kräftige Kaufkräfteinbußen. Im Jahr 2011 stieg das verfügbare Pro-Kopf-Haushaltseinkommen im Gleichschritt mit den Verbraucherpreisen um 3,3%, wobei das Einkommenswachstum im unterste Quintil der Haushalte wieder deutlich schwächer ausfiel (+2,4%). Im längerfristigen Vergleich zeigt sich, dass die quantitative Bedeutung des Einkommens aus Erwerbstätigkeit außer in den 20% einkommensstärksten Haushalten deutlich zurückgeht. Zwischen 2003 und 2011 ist der Anteil des Erwerbseinkommens am verfügbaren Haushaltseinkommen in der Gruppe der 60% Haushalte mit den geringsten Einkommen um etwa 7 Prozentpunkte gefallen. Im untersten Quintil machte diese Einkommensquelle nur mehr 30% des verfügbaren Haushaltseinkommens aus. Dies reflektiert zum einen den gesellschaftlichen Alterungsprozess, aber auch die zunehmend angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt. Zudem ist der Anteil der vollzeitbeschäftigten Angestellten an allen unselbstständig Beschäftigten außer in den mittleren Quintilen seit 2003 zurückgegangen. Der Anteil der vollzeitbeschäftigten ArbeiterInnen und BeamtInnen ist hingegen in allen Einkommensgruppen gefallen. Begleitet wurde die Entwicklung von einem überproportionalen Anstieg der Teilzeitbeschäftigung bei den Angestellten und in geringerem Ausmaß bei den ArbeiterInnen. Ein wesentlich niedrigerer Anteil an vollzeitbeschäftigten Beamten und Vertragsbediensteten ist insbesondere bei den 60% der Haushalte mit den niedrigsten Haushaltsäquivalenzeinkommen zu verzeichnen. Während der Anteil des Erwerbseinkommens zurückgeht, gewinnen Altersleistungen, Arbeitslosenleistungen und Leistungen gegen soziale Ausgrenzung für das Haushaltseinkommen zunehmend an Bedeutung. Lediglich in den oberen Einkommensklassen spielt das Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit sowie das Einkommen aus Vermögen eine im Vergleich zu 2003 wichtigere Rolle. Der Gini-Koeffizient zeigt insbesondere durch die vollständige Erfassung der Einkommen an den Rändern der Ein-

kommensverteilung mit Registerdaten ab 2010 einen deutlichen Anstieg der Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen.

In der Vergangenheit stieg in Österreich die Ungleichheit der Einkommensverteilung, sowohl zwischen den Lohn- und Nicht-Lohneinkommen als auch innerhalb der Lohneinkommen. Bei den verfügbaren Einkommen der Haushalte setzte sich diese Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit ebenfalls fort. Die Einkommensverteilung ist zum einen eine wichtige Determinante der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, zum anderen bestimmt sie die ökonomische Absicherung der Menschen und trägt darüber hinaus zur sozialen Stabilität der Gesellschaft bei. Die wirtschaftliche Prosperität in Österreich könnte durch eine Einkommenspolitik zur Verbesserung der Einkommenslage der unteren Einkommensgruppen gefördert werden.

5. Literatur

- Altzinger, W., Berka, Ch., Humer, St., Moser, M., Die langfristige Entwicklung der Einkommenskonzentration in Österreich 1957-2009, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2011, 37(4), S. 513-529 und 2012, 38(1), S. 77-102.
- Atkinson, A. B., Brandolini, A., From Earnings Dispersion to Income Inequality, in Farina, F., Savaglio E., (Ed.), *Inequality and Economic Integration*, London, 2006.
- Atkinson, A., B., Piketty, T., Saez, E., "Top Incomes in the Long Run of History", *Journal of Economic Literature*, 2011, 49(1), pp. 3-71.
- Atkinson, A., B., Where is inequality headed? Conference report, ETUI, Conference cycle: The crisis and inequality, Brussels, 2013, (1).
- Bach, S., Corneo, C., Steiner, V., "From bottom to top: The entire income distribution in Germany 1992-2003", *Review of Income and Wealth*, 2009, (55), pp. 303-330.
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., Leibrecht, M., Verhaltendes Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitslosigkeit und Budgetkonsolidierung prägen Wirtschaftsentwicklung. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2018, WIFO, Wien, 2014, (2), S. 117-131.
- Böheim, R., Himpele, K., Mahringer, H., Zulehner, Ch., "The gender pay gap in Austria: Eppur si muove!", *Empirica*, 2013, 40(4), S. 586-606.
- Böheim, R., Rocha-Akis, S., Zulehner, Ch., Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern: Die Rolle von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung, WIFO, Wien, 2013A, (11), S. 883-896.
- Breuss, F., Globalization, EU-Enlargement and Income Distribution, WIFO, Wien, 2007.
- Busch, A., „Der Einfluss der beruflichen Geschlechtersegregation auf den Gender Pay Gap: Zur Bedeutung geschlechtlich konnotierter Arbeitsinhalte“, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 2013, 65(2), S. 01-338.
- Corneo, G., Bönke, T., Lüthen, H., "Lifetime earnings inequality in Germany", *Discussion Papers*, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, 2011, 11(60).
- Eppel, R., Horvath, Th., Mahringer, H., Die Struktur und Dynamik von Arbeitslosigkeit, atypischer Beschäftigung und Niedriglohnbeschäftigung in der Längsschnittanalyse 2000/2010, WIFO, Wien, 2013, (4).
- Ertürk, I., Froud J., Johal S., Leaver A., Williams K. (eds.), *Financialization At Work, Key Texts and Commentary*, Routledge, London, 2008.
- Europäische Kommission, "The Labour Income Share in the European Union", in: *Employment in Europe 2007*, Brüssel, 2007, pp. 237-272.
- Europäische Kommission, *Tackling the gender pay gap in the European Union*, Luxemburg, 2013.
- European Commission, *The Gender Gap in Pensions in the EU*, Luxemburg, 2013.
- Europäische Kommission, "Questions and Answers: European System of Accounts 2010", 2014, 14(21).
- Famira-Mühlberger, U., Fuchs, St., Unbezahlte Überstunden in Österreich, WIFO-Monographie, Juni 2013
- Galí, J., "Monetary Policy, Inflation, and the Business Cycle: An Introduction to the New Keynesian Framework", Princeton University Press, Princeton, 2008.
- Geisberger, T., Knittler, K., „Niedriglöhne und atypische Beschäftigung in Österreich“, *Statistische Nachrichten*, Statistik Austria, Wien, 2010, 6.
- Guger, A., Agwi, M., Buxbaum, A., Festl, E., Knittler, K., Halmayer, V., Pitlik, H., Storn, S., Wüger, M., Umverteilung durch den Staat in Österreich, WIFO, Wien, 2009.
- Guger, A., Mayrhuber, Ch., Scheiblecker, M., Möglichkeiten zur Ermittlung und Systematisierung der Nicht-Lohn-Erwerbseinkommen und ihrer Verteilung in Österreich, WIFO, Wien, 2014.
- Heywood, J., Jirjahn, U., Tsertsvardze, G., "Hiring older workers and employing older workers: German evidence," *Journal of Population Economics*, 2010, 23(2), S. 595-615.
- Horvath, Th., Huemer, U., Kratena, K., Mahringer, H., Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer, Berufliche und sektorale Veränderungen 2010 bis 2016, WIFO, Wien, 2012, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/43873>.

- Horvath, Th., Mahringer, H., Einfluss von Bildungsexpansion und Pensionsreformen auf die Erwerbsbeteiligung, WIFO, Wien, 2014, 87(1), S. 55-66.
- Huber, P., Böhs, G., Die Arbeitskräftewanderung aus acht neuen EU-Ländern seit der Arbeitsmarktöffnung, WIFO, Wien, 2012, (11).
- Huber, P., Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen. Teilbericht 2: Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot und den Arbeitsmarkt, WIFO, Wien, 2010.
- Humer, S., Moser, M., Schnetzer, M., Ertl, M., Kilic, A., „Über die Bedeutung von Kapitaleinkommen für die Einkommensverteilung Österreichs“, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2013, 39(4).
- Internationaler Währungsfond, „Globalización y Desigualdad“, in: *Perspectivas de la Economía Mundial*, Washington, D.C., 2007, pp. 135-170.
- Lamei, N., Glaser, T., Heuberger, R., Kafka, E., Oismüller, A., Skina-Tabue, M., Methodenbericht EU-SILC 2012, Statistik Austria, Wien, 2013.
- Lazonick, W., O'Sullivan, M., "Maximising shareholder value: a new ideology for corporate governance", *Economy and Society*, 2000, 29(1), pp. 13-35.
- Leoni, Th., Pollan, W., Lohnentwicklung und Lohnunterschiede in der Industrie seit 2000, WIFO, Wien, 2011, 10, S. 663-673.
- Lutz, H., Mahringer, H., Niedriglohnbeschäftigung – Brücke in dauerhafte Beschäftigung oder Niedriglohnfalle?, WIFO, Wien, 2010.
- OECD, *Divided We Stand, Why inequality keeps rising*, Paris, 2011.
- Schäfer, C., „Die Lohnquote – ein ambivalenter Indikator für soziale Gerechtigkeit und ökonomische Effizienz“, *Sozialer Fortschritt*, 2004, 53(2), S. 45-52.
- Statistik Austria, *Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung*, Statistik Austria, Wien, 2014.
- Stockhammer E., "Financialisation and the slowdown of accumulation", *Journal of Economics*, Cambridge, 2004, 28(5), pp. 719-741.
- Stockhammer, E., "Financialization and the Global Economy", *Working Papers*, Political Economy Research Institute-University of Massachusetts, Amherst, 2010, 242.
- Stockhammer, E., "Why have wage shares fallen? A panel analysis of the determinants of functional income distribution", *Conditions of Work and Employment*, ILO, Geneva, 2013, 35.
- Stolper, W.F., Samuelson P.A., "Protection and real wages", *Review of Economic Studies*, 1941, 9, pp. 58-73.
- Violante, G., "Skill-Biased Technical Change", in Blume, L., Durlauf, S. (Hrsg.), *The New Palgrave Dictionary of Economics*, Palgrave MacMillan, New York, 2009.
- Zwick, T., "Seniority wages and establishment characteristics", *Journal of Labour Economics*, 2011, 18(6), pp. 853-861.